

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanning, veranwortl. Redakteur: F. Macplov, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Bereits-Angelgen für die breitgespaltene Beilage ober deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Anfang März beginnenden Flugblattverbreitung und Hausagitation!

Inhalt: Korporative Arbeitsverträge. — Aus dem Reichstags. — Verträge und Kränkenlassen. — Maurenbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschick, Subventionen z. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streikabrechnungen. — Angelgen.

Das eingehende Mittheilung unter den Arbeitern erregen die vielen grundlosen Entlassungen solcher Kollegen, die auf den Arbeitsstätten für eine glatte Durchführung des Vertrages eintreten, insbesondere für die Beilegung der vielen Mißstände in Bezug auf die Gerichte, Wahlen, Aborte z. In den meisten Verträgen stehen Bestimmungen, daß der Unternehmer diese Sachen in gutem Zustande anzuliefern und zu erhalten hat. Aber man frage nur nicht, wie es mit der Durchführung dieser Bestimmungen beschaffen ist. Mindestens 50 pSt. der Unternehmer sind in diesem Punkte vertragsbrüchig. Und wer etwas dagegen sagt, der wird entlassen. Das ist offenbar M a ß r e g e l u n g. Da aber Maßregelung laut Vertrag verboten ist, werden Unternehmer und Polizei andere Gründe suchen und finden — und der Vertrag hindert die Organisation, gegen solche Unternehmern vorzugehen. Wir haben noch nie davon gehört, daß die Unternehmerorganisation ihre Mitglieder angehalten hätte zur Erfüllung ihrer vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen in puncto Arbeiterschutz und ebenso wenig zu einer aufständigen Behandlung der Arbeiter, welches ist aber unerlässlich, wenn man von Vertragsstreue reden will.

Uebrigens werden die Unternehmer immer anspruchsvoller. Wir haben zu der Leistungsklausel wenig gesagt. Wer den festgesetzten Lohn verlangt, muß auch ein entsprechendes Quantum Arbeit liefern, und für manche Arbeit läßt sich auch ein bestimmter Maßstab anlegen. Das von den Unternehmern in Berlin und anderen Orten vorgegriffene Maß halten wir allerdings für sehr verkehrt, und weil es sich in der Praxis nicht verwirklichen läßt, darum brauchen unsere Kollegen solcher Vertragspassus auch nicht truglich zu nehmen. Anders ist es mit dem Verbot des Rauchens, des Trinken, des Spielens und Agitierens auf den Arbeitsstätten. Zunächst ist das Rauchen auf dem Bau bestimmt nicht feuergefährlich. Den richtigen Raucher, der ohne Qualm nicht leben kann, hindert weder Zigarre noch Pfeife an der Arbeit, und da Scham und Ehrgefühl ja schon lange aus der Mode gekommen sind, nimmt auch das Angucken der „Glimmstengel“ und „Röhren“ nicht so viel Zeit in Anspruch, daß damit ein Profitausfall für den Unternehmer verknüpft wäre. Das Rauchverbot ist also durch nichts begründet, es ist im Gegenteil schändlich, niederträchtig und kann nur dem Gefühl entspringen sein: Ich bin dein Herr, ich leib' es nicht. Das Rauchverbot hat ja angeblich einen anderen Grund, denn man (h. h. die Unternehmer) glaubt ja, eine große Anzahl der Unfälle im Baugewerbe auf Trunkenheit der Arbeiter zurückzuführen zu dürfen. Wir haben des öftern Gelegenheit genommen, diese Unterstellung — die die schuldbeladenen Unternehmergewissen etwas entlasten soll — mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Dennoch sind wir sehr wohl damit einverstanden, wenn jeder Ausbreitung kürzerer Arbeitszeit, damit sich die Arbeiter besser nähren, mehr ausruhen und edleren Genüssen nachgehen können. Ferner durch Errichtung zweckentsprechender Aufenthaltsräume, Beschaffung von gutem Trinkwasser z. Diese Dinge werden viel mehr wirken als die rigorosen Verbote, die immer nach Schützen schmecken.

Der gewichtigste Punkt ist aber die Vertragsstreue. Die Vertragsstreue der Unternehmer. Daß die Vertragsstreue bei vielen Unternehmern ein leerer Name ist, darüber haben wir ja auch schon bittere Erfahrungen machen müssen. Die Hallischen Unternehmer machten im Jahre 1900 den Anfang und in Bremen und Cassel fand im verfloffenen Jahre der Vertragsbruch der Unternehmer eine traurige Fortsetzung. Was ist uns ein Vertrag wert, den die Unternehmer nach Belieben zerreißen und unter die Füße treten können? Wenn die Verträge uns nicht schützen vor Massenausperrungen, dann haben sie jeden Wert für uns verloren.

Die Unternehmer üben beim Vertragsabschluss eine Moral mit doppeltem Boden, der je nach Bedarf aufsteigt und niedergelappt wird. Wir brauchen uns hierfür nicht auf jetzt zurückliegende Vorkommnisse zu berufen, sondern wir können die Ausführungen einiger Delegierten der letzten Generalversammlung des „Arbeitgeberbundes“ für das Baugewerbe“ zitieren. Da erklärte ein Herr Thiemann aus Köln: Ja, wir haben zwar einen Vertrag mit den Maurern und Bauarbeitern abgeschlossen, aber eigentlich geht er uns gar nichts an. Der Arbeitgeberverband hat völlig freie Hand, denn der Vertragskontrakt zwischen den Arbeitern gegenüber ist der „Kölnischer Baugewerksverein“. — Wie liegt aber die Sache in Wirklichkeit? Der Baugewerksverein war die maßgebende Unternehmerorganisation, er hat die Ausperrung namens der Kölnischer Unternehmerschaft inszeniert und geleitet, er hat auch die Vollmacht derselben Unternehmergesellschaft gehabt, den Vertrag mit den Arbeitern abzuschließen. Nun existiert in Köln aber auch ein „Deutscher Arbeitgeberbund“ angegliederter Arbeitgeberverband, der zur Zeit der Ausperrung noch zu schwach war, die Führung zu übernehmen, dessen Mitglieder im übrigen — wenn nicht alle, so doch zum großen Teil — auch dem Baugewerksverein angehören. Was folgt daraus? Der „Arbeitgeberverband“ ist genau so verpflichtet, wie der „Baugewerksverein“ zur eifriger Durchführung des Vertrages. So denken wenigstens die Arbeiter darüber, die nur eine Moral kennen. Herr Thiemann ist auf der Generalversammlung nicht rechtifiziert worden. Es ist daher die Annahme berechtigt, daß die ganze Generalversammlung mit dem Vorstand des „Arbeitgeberbundes“ der Moral mit dem doppelten Boden zustimmen. Wäre es anders, dann hätten sich wenigstens die vertragsfeindlichen Unternehmer dagegen auflehnen müssen.

Ein anderer Delegierter, Müller-Cassel, Vorsitzender der dortigen Unternehmervereinigung, konnte auf der Generalversammlung frank und frei erklären: Man müsse die Ausperrungen im großen Maßstabe organisieren, indem man sie auf die ganze Provinz und auf die Nachbarprovinzen

Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 1. bis zum 15. März soll ein vom Verbandsvorstand herausgegebenes Flugblatt in allen Gauen Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden. Wir machen schon jetzt alle Kollegen darauf aufmerksam, daß es ihre Pflicht ist, sich ihren Vereinsvorsitzenden und Vertrauensmännern willig zur Verfügung zu stellen.

Korporative Arbeitsverträge.

II.

Arbeitsverträge sind keine Freundschaftsbündnisse. Die Vertragsparteien suchen jede für sich möglichst viel herauszuschlagen, und diejenige hat die meisten Chancen, die sich den Anschein zu geben weiß, als sei ihr an dem Vertrage am wenigsten gelegen. Wer sich schwach fühlt, wird sich mit wenigem zufrieden geben, wer glaubt, die Taube erlangen zu können, wird den ihm gebotenen Sperling verschmähen. Das ist unter den obwaltenden Verhältnissen ganz natürlich. Da aber einmal die Arbeiter und das andere Mal wieder die Unternehmer die jeweiligen Schwächeren sind und sich als solche erkannt haben, oder auch über ihre Kräfte im Zweifel sind, so ergibt sich daraus, daß wir mit recht schlechten und auch mit verhältnismäßig guten Verträgen aufwarten können.

Wir haben in dem ersten Artikel gesagt, daß uns eine Reihe von Verträgen gute Dienste geleistet haben. Das war zu der Zeit, als sich unsere Organisation erst soeben einen „Platz an der Sonne“ erobert hatte und mit ihrer Kraft recht hausälterlich umgehen mußte. Die Verträge sind später verlängert worden, hier und da wurden kleine Verbesserungen erzielt, aber auch Verschlechterungen wurden in den Kauf genommen, so daß in einigen Orten die Verträge eine fortwährend plätschernde Quelle der Unzufriedenheit unter den Kollegen geworden sind. Dies liegt zum großen Teil daran, daß die Unternehmer die Vertragsbestimmungen vielfach ganz schändlich auslegen und zu handhaben suchen. Für uns gelten die vertraglich festgelegten Löhne selbstverständlich als M i n d e s t l ö h n e, ganz gleich, ob sie als solche bezeichnet sind oder nicht. Unter diese Lohngrenze darf niemand hinabgehen, dagegen steht es jedem Unternehmer frei, mehr zu zahlen. Wir stehen gar nicht an, zu erklären, daß die Arbeiter h ö h e r e Löhne fordern und im Verweigerungsfalle auch die Arbeit aus diesem Grunde verlassen dürfen. Nur g e f r e i t darf wegen höherer Löhne im Vertragsgebiet nicht werden, Ganz anders denken die Unternehmer darüber, sie möchten es dem Arbeiter am liebsten als Vertragsbruch auslegen, wenn er den ihm freiwillig angebotenen höheren Lohn nicht zurückweist. Das tun sogar die Vertragsfreunde unter den Unternehmern und die Schatzmacher zu recht.

In dem Verbot des „Agitierens auf den Bauten“ kommt wieder einmal der ganze Grimm der Unternehmer gegen Arbeiterorganisationen zum Ausdruck. Obwohl sie durch den Vertrag die Arbeiterorganisation haben anerkennen müssen, möchten sie doch durch eben denselben Vertrag die Erklärung der Organisation hindern. Nun würde man freilich den Unternehmern recht geben müssen, wenn es sich um große Meiden und Zusammenkünfte während der Arbeitszeit han-

ausdehnen. — Diese Erklärung paßt wie die Faust aufs Auge auf den kurz zuvor in Cassel, allerdings gegen den Willen des Herrn Müller, abgeschlossenen Vertrag. Der Vertrag enthält die selbstverständliche Klausel: Während der Dauer dieses Vertrages sind alle Streiks und Sperrern bei beiden Parteien ausgeschlossen. Herr Müller aber setzt sich in seinen Ausführungen ohne Strupfel über diese Bestimmung hinweg. Denn wenn a. M. die Unternehmer in Frankfurt a. M. die Lust ankommt, die Maurer auszusperrern, dann will Müller sich gar nicht einmal mit der Weisprechung in der Provinz Hessen-Nassau begnügen lassen, wozu auch Cassel gehört, sondern er will auch seine Berufsgenossen in Rheinland, in Hannover etc. zur Aussperrung animieren und verpflichten.

Und auch die Ausführungen des Herrn Müller hat die Generalversammlung ohne Widerspruch über sich ergehen lassen. Ja, wenn das die Meinung des „Arbeitgeberbundes“ einschließt, der vertragsfreundlichen „Arbeitgeberverbände“ ist, dann können uns die Verträge gestohlen werden.

Die Maurermeister verlangen für sich das Recht, den übrigen Bauhandwerkmeistern die weitgehendste Solidarität beweisen zu dürfen. Sie wollen die Arbeit einstellen, die Maurer aussperrern, wenn die Zimmer-, Dachdecker-, Klempner-, Tischler-, Malermeister von ihren Arbeitern gleiches Erzielen besserer Lohns und Arbeitsverhältnisse beibringt werden. In diesen Fällen — wie in Bremen und Cassel — soll die Aussperrung kein Vertragsbruch sein. Aber wenn die Arbeiter den Spieß umdrehen und den Vertrag zu Gunsten einer verwandten Arbeiterkategorie suspendieren wollten, dann würde das Geheul über die vertragsbrüchigen Arbeiter weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinausdrallen.

Es ist selbstverständlich, daß die Bauartigkeit an einem Orte schließlich völlig ins Segen kommen kann, wenn eine auch nur kleine Gruppe von Bauarbeitern längere Zeit im Streik verharrt. Die Maurer oder Zimmerer oder eine andere Gruppe werden arbeitslos. Dagegen kann sie kein Vertrag schließen. In solchen Fällen kann auch von einem Vertragsbruch nicht die Rede sein. Die Unternehmer wollen sich aber das Recht vorbehalten, direkt auszusperrern zu einem Zeitpunkt, wann es ihnen beliebt und auch dann, wenn die vertraglich gebundenen Arbeiter den besten Willen bekunden, auf die Streikenden zur Beendigung des Streiks einzuwirken. Diese Annahme der Unternehmer muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Wollen die Unternehmer sich auf solche Klauseln, die uns vor Aussperrungen unbedingt zu heben, nicht einlassen, dann wollen wir lieber auf Verträge verzichten.

Aus dem Reichstage.

Berlin, den 31. Januar.

Die Sitzungen in deroffeneren Woche waren großen sozialpolitischen Debatten gewidmet. Dieselben setzten ein beim Reichstagsamt des Innern, zu welchem eine Reihe von Resolutionen und Interpellationen vorliegen. Dem Reichstag eröffnete der Centrumsabgeordnete Trimborn. Er war sehr geneigt, der Regierung in Sachen der Sozialpolitik möglichst Bob zu spenden, mußte jedoch konstataren, daß im Jahre 1903 nichts erledigt worden ist für den Ausbau des Koalitionsrechts, nichts für ein freibürgerliches Vereinsrecht, nichts für die Verbesserung der Beschäftigung der Berufsvereine, nichts für die Errichtung von Arbeitskammern. Der Redner wünscht u. a. gesetzliche Regelung der Frage des Behn und entages, gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten, Zusammenlegung der drei großen Versicherungsarten. Das alles sind bekanntlich Forderungen, welche seitler die Sozialdemokratie allein mit Entschiedenheit vertreten hat und zwar unter dem Überhande des Centrums! Am Schlusse seiner Ausführungen riefte Herr Trimborn die üblichen gehässigen Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Er stellte die längst als abgesehene Unwahrheit erwiebene Behauptung auf: „Wenn Crimmitschauer Streik ist Sozialpolitik und Gewerkschaftspolitik mißbraucht worden durch Verquickung mit der sozialdemokratischen Partei. Wäre man ruhig und nüchtern und unentwegt auf dem Boden des Behn und entages, also auf rein gewerkschaftlichen Boden geblieben, so hätten die Arbeiter die Sympathien der Arbeitgeber und der öffentlichen Meinung in weit höherem, weil gesollenerem Maße erungen, als es tatsächlich der Fall gewesen ist. Statt dessen gestaltete sich der Streik immer mehr zu einer Machtprobe der Sozialdemokratie.“

Staatssekretär Graf Solodowski erwiderte u. a. zu der Frage betreffend Verschmelzung der drei großen Versicherungsarten in eine Organisation folgendes:

„Es habe schon vor einer Reihe von Jahren diesen Plan angedeutet, dessen Ausführung dienen würde zur Vereinfachung und zur Verbesserung der Verwaltung. Vorbedingung dafür ist aber, daß man für die Ausübung der sozialpolitischen Gesetzgebung einen eigenen selbstständigen Unterbau hat. Die Errichtung dieses Baus ist noch recht fernliegend. Denn wie man einmal in Zukunft die sozialpolitische Gesetzgebung aufbaut, das hängt von dem Umfang der sozialpolitischen Gesetzgebung ab. Da von dem Umfang der sozialpolitischen Gesetzgebung muß erst entschieden werden, wie weit die Krankenversicherung auszuweihen ist, namentlich auf Diensthöfen und landwirtschaftliche Arbeiter. Ferner muß die wichtige Frage entschieden werden, ob eine Witwenversicherung durchzuführen werden soll und in welchem Umfange. Es muß also erst ein gewisser Abschluß unserer drei großen sozialpolitischen Ge-

setze durchgeführt werden, ehe man daran denken kann, einen einheitlichen Rahmen zu schaffen.“

Sodann ging der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer Berlin mit Herrn Trimborn und der Sozialpolitik der Regierung scharf ins Gericht. Er stellte fest, daß die Sozialdemokratie schon im Anfang der achtziger Jahre die einheitliche Organisation der Arbeiterversicherung befördert hat und bemerkt u. a.: „Wenn man die Rede des Abgeordneten Trimborn höre, so glaube man, wir leben in einem herrlichen Zeitalter der Sozialreform, in dem die bürgerlichen Parteien in Einigkeit mit der Regierung nur auf die Zeit der Februarereife zurückverlegt. Aber bis vor kurzem lagte ja das Zentrum, die Februarereife seien noch immer nicht erfüllt. In Nebenarbeiten hat die für Arbeiter-Wenn man die Millionen zusammenzählt, die für Arbeiter-Versicherungen ausgegeben würden, dann nimmt es sich ja sehr großartig aus, aber wenn man es in jede Einzelstellung großartig erlegt und an der Leistungsfähigkeit des Unternehmertums mißt, so stellt es sich ganz anders dar. Die ganzen Beiträge der Arbeitgeber betragen nur 14 pSt. der Lohnsumme, das dreißig und vierfache davon haben Sie erst kürzlich jeder Arbeiterfamilie als Mehrleistung durch den Spilitarif auferlegt.“

Auch die Gewerbaufsicht unterzog Fischer einer Kritik, so insbesondere die Tatsache, daß die Jahresberichte der Aufsichtsbereamen von sehr wichtigen Tatsachen kein Wort enthalten. Redner gab eine Uebersicht nach dem „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ über die Leistungen der Gewerkschaften. Die härteste Organisation, die der Buchdrucker, hat die geringsten Ausgaber für Streiks, die größten für rein humanitäre Zwecke, umgekehrt haben die Organisationen der Maurer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, die mit den ruffähigsten Unternehmern Tag für Tag zu kämpfen haben, die größten Ausgaben für Streiks. Wie kommt es, daß die Berichte über diese Tatsachen von größter sozialer Bedeutung kein Wort bringen? Dürfen sie es nicht, weil die Regierung fürchtet, es könnte dem Zentralverbände der Industriellen etwa unangenehm sein? Dabei ist es eine Blinbewahrheit, daß unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung erst erzwungen worden ist durch die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung, nicht durch das Zentrum. Die ganze Arbeiterkategorie kann doch auch im Grunde nur festlegen, was die fortschrittlichsten Arbeiter bereits praktisch erreicht haben. Immer mehr greift die Stimmung unter den Arbeitern Platz; wir heißen auf die ganze Arbeiterkategorie, gebe die Regierung uns nur ein wirkliches Koalitionsrecht, ein uneingeschränktes Vereins- und Versammlungrecht und stelle sie sich nicht bei jeder Arbeitersperrung sofort auf Seite der Unternehmer! Freilich ist es ein utopisches Verlangen, von dieser Regierung so etwas zu erwarten. Nur politische Falschmänner fassen von einer über den Parteien stehenden Regierung — über den Parteien stehend, aber über den Klassen stehend nie in der bürgerlichen Gesellschaft eine Regierung.“

Eine weitere Kritik des Redners galt den Vorgängen in Crimmitschau: „Dort sind die Wafforen, nachdem die Gendarmen eingezogen war, hinterm maderst, um ihr Sprüchlein herzusagen gegen die Arbeiter! Es hat in der Weltgeschichte noch keine Infamie gegeben, aber die nicht ein Prebiger oder ein Pfaffe seinen Segen gesprochen hätte!“

Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer be-müht sich wiederum vergebens, das Verhalten der Behörden beim Crimmitschauer Streik zu rechtfertigen. Das Mitglied der freisinnigen Volkspartei, Abgeordneter Mugdan, sprach sich gegen die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl bei den Krankenkassen aus und hatte den „genialen“ Einfall, folgende Berechnung anzustellen: Die Sozialdemokratie ist keineswegs die Vertreterin aller Arbeiter. Es sind etwa 21 Millionen Personen unter Unfall versichert, davon mögen 12 Millionen weibliche Personen oder solche unter 25 Jahren sein. Von den übrigen 9 Millionen Arbeitern aber haben im Höchstfalle 21 Millionen für die Sozialdemokratie gestimmt — 1 Million muß man auf die bürgerlichen Mittelstufen rechnen. Der größte Teil der Arbeiter gehört also auch heute noch den bürgerlichen Parteien an.“ Das ist ein „freisinniger“ Humbug.

Der nationalliberale Abgeordnete Freiherr Hehl zu Gernsheim lehrte in einem Angriffe gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie wieder einmal seinen Charakter als Großindustrieller und Arbeiterherrscher hervor. Er sagte: Die Gewerkschaften in Deutschland sind ja zum großen Teil in der Hand der politischen Sozialdemokratie. Ich kann jetzt in meinem Wahlkreis die Gründung einer Gewerkschaft beobachten. Da wird zuerst ein Gewerkschaftsbau gebaut; das Geld dazu kommt von der Zentralorganisation der Gewerkschaften. Die Erfolglosigkeit des Streiks in Crimmitschau war für die Agitation der Sozialdemokratie viel wertvoller als es ein erfolgreicher Streiks gewesen wäre. Wenn Sie doch den „Vorwärts“ darüber 20 pSt. aller Streiks in den letzten 10 Jahren waren erfolglos. Aber es paßt Ihnen (zu den Sozialdemokraten) gerade, wenn dadurch die Erbitterung und Gehässigkeit gegen die Arbeitgeber geschürt wird.“

Auch der konservativere Abgeordnete Gamp sagte wieder sein bestimmtes Sprüchlein her: „In keinem Lande geschieht so viel für die Arbeiter wie bei uns. Ich erinnere nur an die Wohltaten, die die Aktiengesellschaften den Arbeitern erweisen, an die Geschenke und Stiftungen, jedes Jahr werden Hunderte von Millionen Mark für Arbeiter an Geschenken und Stiftungen aufgebracht.“ Die Sozialdemokraten begleiteten diese abjurde Behauptung mit lebhaftem Hohngelächter.

Der freisinnige Abgeordnete Göttern stellte sich in einer Rede über den Crimmitschauer Streik in allen Hauptpunkten auf die Seite der sozialdemokratischen Kritik, während der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm sehr nachdrücklich die Sozialdemokratie gegen die Angriffe der Gegner verteidigte.

Wachtung verdienen weiter noch folgende Anmerkungen des Grafen Solodowski: „Den Arbeitern erkeime ich selbstverständlich das Recht zu, sich zu organisieren, aber die Gefahr

ist die, daß die rein wirtschaftliche Organisation zu rein politischen Zwecken ausgenutzt wird. Das macht auch die Arbeitgeber den Arbeiterorganisationen gegenüber so feindselig. Diese Ansicht wird auch von den Höchst-Hunderttausend Gewerkschaften geteilt. Die Arbeiter würden mehr erziehen, wenn sie sich nur zu rein wirtschaftlichen Zwecken organisierten. Herr Wurm hat sich über die Dresdener Kommune beklagt, die ihren Arbeitern den Beitritt zu einem Konsumverein untersagt hat. Das muß man erst wissen: Was ist das für ein Konsumverein, und allgemem möchte ich sagen, die Arbeiter, die in einem öffentlichen Betriebe Arbeit nehmen, müssen sich klar machen, daß sie nicht das gleiche Maß von Freiheit haben, wie die Arbeiter in privaten Betrieben.“ Diese Ausführungen sind sehr charakteristisch.

Auch ein Spezialkation des Crimmitschauer Unternehmertums, der nationalliberale Abgeordnete Lehmann, trat auf der Plan, dem „Drachen Sozialismus“ den Garaus zu machen. Zur Kennzeichnung des „Geistes“ dieses Menschen sei hier aus seinen Ausführungen nur folgendes wiedergegeben: „Es hat nie einen freibürgerlichen Streik gegeben, als den Crimmitschauer!“ Ich habe meine Informationen nicht nur von den Unternehmern. Ich habe hier einen Brief eines selbstjährigen Fabrikarbeiters vor mir, den Namen kann ich Ihnen nicht nennen, weil er schreibt, wenn das die Arbeiter in Crimmitschau erklären, binnte er dort nicht länger bleiben. Dieser Arbeiter verdient noch jetzt wöchentlich M. 20 und ist damit durchaus zufrieden. Das ist die christliche Zivilisiertheit, „Ihre verdammte Zufriedenheit“, Herr Webel. So lange der alte Gott noch lebt, und er wird schon leben, kommen Sie zu den Sozialdemokraten) nicht zum Siege.“

Und solche sozialpolitischen Komödien wollen einst angenommen werden!

In der Sitzung vom 30. Januar gelangte die Interpellation des Centrums, betreffend Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Siderung des Koalitionsrechts und Errichtung von Arbeitskammern zur Verhandlung. Wir werden uns mit diesen Verhandlungen erst in nächster Nummer beschäftigen können.

Ärzte und Krankenkassen.

Seit einigen Jahren macht sich unter den Ärzten eine Bewegung breit, die in mancher Beziehung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zur Erringung höherer Löhne ähnelt und die auch zum Teil in Arbeiterkreisen dem gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter gleich geadmet wird. Die Ärzte haben auch schon einige „Streiks“ hinter sich, sie versuchen in der Presse um Fernhaltung des Zugangs, sie stellen „Streikposten“ aus, machen sich der Berufserklärung schuldig z. B. Die Herren Ärzte, die sich im allgemeinen zu der „besseren“ oder „beiten“ Gesellschaft freieren zählen, haben also alle „Untugenden“ an sich, die man sonst streikenden Arbeitern anbildet. Dem von der „Berufserklärung“ bis zum „Terrorismus“ ist ja nur ein Schritt.

Die Ärzte beklagen sich, daß ihre Leistungen zu schlecht bezahlt werden. Daran sollen vornehmlich die Krankenkassen schuld sein. Das ärztliche Honorar, die Pauschalsummen sollen so gering bemessen sein, daß die Einzelleistung des Arztes, Untersuchung des Kranken, Ausfertigung von Rezepten etc. nur mit wenigen Pfennigen bezahlt werde. Ferner werden die Ärzte, angeblich von vielen Krankenkassenvorständen unwürdig behandelt. Um diese Mißstände zu beseitigen, fordern die Ärzte: Einführung freier Arztwahl bei Krankenkassen (jedem erkrankten Mitglied soll sich von den am Orte vorhandenen Ärzten einen auswählen dürfen), Bezahlung nach den staatlichen Gebührenätzen. Darüber hinaus wird gefordert, daß alle Personen mit einem Einkommen von über A. 2000 von der Krankenversicherung ausgeschlossen und der Privatpraxis der Ärzte überantwortet werden sollen. Und ferner wünschen die Ärzte auch eine Anteilnahme an der Verwaltung der Krankenkassen.

Die Ärzte begründen ihre Forderungen u. a. damit: daß sie infolge der Versicherungsübertragung in ihrem Erwerb bedeutend geschädigt worden seien. Ein Dr. Zepher hat ausgerechnet, daß die Krankenkassen das Arzt Honorar pro Einzelleistung bei arbeitsunfähig erkrankten Massenmitgliedern auf 24 A herabgedrückt hätten, so daß den Ärzten auf Grund der staatlichen Taren für die ersten 14 Jahre seit Beitreten der Kassen circa 600 Millionen Mark an Einnahmen entgangen seien. Wir wollen uns bei diesen Zahlen nicht lange aufhalten. Die herausgerechnete Summe könnte nur unter der Voraussetzung einigermaßen richtig sein, wenn ohne die Kassen ebensolche Kranke den Arzt in Anspruch nehmen könnten, wie jetzt durch die Kassen. Diese Voraussetzung ist aber ganz hinfällig. Wenn keine Kassen beständen, wäre ein hoher Prozentsatz der Erkrankten gar nicht im Stande, einen Arzt zu konsultieren, oder aber der Arzt müßte von vornherein auf das Honorar verzichten. Die staatliche Lage bekäme die Ärzte bestimmt nicht in mehr Fällen als heute, und zwar von den Angehörigen der wohlhabenderen Klassen, die ohnedies den in Frage stehenden Klassen nicht angehören. Richtig dagegen ist, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Ärzte eine gute Stütze an den Krankenkassen hat. Von den rund 60 Millionen Menschen, die zur Zeit in Deutschland leben, sind etwa 8 Millionen gegen Krankheit versichert, und da nur erst wenige Klassen freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen ihrer Mitglieder gewähren, so wird von Kennern des Krankentassenwesens die Gesamtzahl der kassenärztlich zu behandelnden Personen auf 12 Millionen geschätzt. Für diese beziehen die Ärzte, wie der Vorliegende der Dresdener Ortskrankenkasse, J. Krähbort, in der „Neuen Zeit“ ausführt, aus der deutschen Krankenversicherung rund 40 Millionen Mark pro Jahr. Wenn die übrige Bevölkerung den Ärzten in gleicher Weise Arbeit und Verdienst gäbe, so würden sie rund 200 Millionen Mark an Honorar pro Jahr beziehen, worin sich circa 80 000 Ärzte zu teilen hätten.

Nun ist ja sicher, daß manche Ärzte, berühmte Papageistern, kirchliche Einkommen haben, während es vielfach auch arme Schächer gibt, die es nicht viel über A. 2000 bringen; aber dafür können doch nicht die Krankenkassen und die beschwerten Arbeiter verantwortlich gemacht werden. Selbst dann nicht, wenn es wirklich wahr wäre, daß infolge der Krankenversicherung die Lage der Ärzte verschlechtert worden wäre. Die Krankenkassen sind nicht zu dem Zweck geschaffen worden, um den Ärzten als Ausbeutungsobjekt zu dienen, sondern um den Lohnproletariaten eine Stütze in der

ärzsten Not zu sein. Es wird aber auch bestritten, daß die Krankenversicherung (schon an der Notlage) der Ärzte ist. Dr. med. Georg Wagner führt in der „Neuen Zeit“, Sept 10, aus der Krankenversicherung den Nachweis, daß ohne die Kostengeseßgebung die Lage der Ärzte noch viel schlechter sein würde.

Wagner weist zunächst nach, daß die von Zepher aufgestellte Behauptung, daß von den Kassen gezahlte Arztgebühren beläufige sich auf Einzelleistungen auf höchstens 24 % bei vermögensfähigen Kranken, durchaus unzutreffend ist. Nach Wagner betragen die Arztgebühren für einen wöchentlichen Krankheitsfall eines erwerbsfähigen Kranken im Jahre 1890 durchschnittlich 29 %; da man aber gewöhnlich erst auf jeden zweiten Krankheitsfall eine ärztliche Versorgung rechnet, so beträgt die durchschnittliche Bezahlung der Einzelleistung nicht 24 %, wie Zepher behauptet, sondern 53 %. Uebrigens ergibt sich aus der Statistik, daß bei der Gesamtheit der Kassen die Ausgaben für ärztliche Behandlung von Jahr zu Jahr gestiegen sind, und zwar pro Mitglied von M 2,15 im Jahre 1885 auf M 3,00 im Jahre 1900. Die Arztgebühren für je einen mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfall sind im Durchschnitt aller Kassen von M 7,11 im Jahre 1888 auf M 9,33 im Jahre 1900 gestiegen. Weiter weist Wagner nach, daß die Einschränkung der Privatpraxis durch die Zunahme der Ärzte zweifach größer ist als die durch die Erweiterung der Krankenversicherung. Daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht zu einer beträchtlichen Entlastung der Privatpraxis geführt habe, ist also unpassend. Im Jahre 1885 kamen auf je einen Arzt 2072 Einwohner, hiervon waren 272 Kassenmitglieder. Zum Jahre 1900 war die Zahl der Ärzte um 75 pSt. gestiegen und auf einen Arzt kamen nur noch 2058 Einwohner (im Jahre 1902 bei 20 133 Ärzten nur noch 1935 Einwohner auf einen Arzt). Von den 2058 Einwohnern im Jahre 1900 waren 345 Kassenmitglieder. Infolge der stetigen Vermehrung der Ärzte hatte also in dem Zeitraum von fünfzehn Jahren die auf je einen Arzt kommende Privatpatienten um 888 Personen = 30,6 pSt. abgenommen. Die durch die Zunahme der Kassenmitglieder verminderte Privatpraxis beträgt aber nur 2,8 pSt. Daß aber die Kassen hoch des vermehrten Angebots von Ärzten keine Leidensdrücker gewesen sind, beweist die Tatsache, daß das Durchschnittseinkommen der Ärzte aus der Kassenpraxis von M 675 im Jahre 1885 auf M 1264 im Jahre 1900 gestiegen ist.

Nach alledem kann man die Krankenkassen wohl kaum für die zum großen Teil eingebildete, zum geringeren Teil aber wirklich vorhandene Mißlage der Ärzte verantwortlich machen. Es kann ruhig zugegeben werden, daß in vereinzelten Fällen die Bezahlung der Kassenärzte zu niedrig ist, und daß auch die hierfür in Betracht kommenden Kassen sehr wohl in der Lage sind, die Wünsche der Ärzte zu erfüllen, ohne für ihren Fortbestand fürchten zu müssen. Aber die Forderungen der unter staatlichem Schutze organisierten Ärzte scheinen weit über die Ziel. Wenn sie zum Beispiel in Leipzig mit dem „Streik“ drohen, trotzdem ihnen ein Mindesteinkommen von M 6000 pro Jahr von der Ortskrankenkasse garantiert worden ist, so ist das eine Privatlist sondergleichen.

Soll noch stärker als um die Lohnerhöhung wird um die „freie Arztwahl“ der Kampf geführt. Diese Forderung wurde und wird auch gar häufig von den Kassenmitgliedern erhoben, aber nur wenige Kassen haben sie bisher eingeführt. Als ausschlaggebender Grund für die Ablehnung der freien Arztwahl wird immer die mutmaßliche Erhöhung der Arzt- und Arzneikosten und das Einreichen des Simulantenums und damit eine bedeutende Erhöhung der Krankenunterstützung ins Feld geführt. Die Gegner der freien Arztwahl gehen von der Voraussetzung aus, daß die Kassenmitglieder, wenn sie die Wahl zwischen mehreren Ärzten haben, immer zu dem Arzt gehen werden, der den angeblickten Kranken am weitesten entgegenkommt, es mit der Untersuchung nicht so genau nimmt, recht viel verschreibt, den Kranken recht oft besucht und es mit der Gesundheitsrechnung nicht gar so eilig hat. Solche Fälle können vorkommen. Aber verallgemeinern darf man sie doch wohl nicht. Wir halten doch die übergroße Mehrzahl der Kassenmitglieder als auch der Ärzte für gewissenhaft und ehrenhaft genug, um solche unehrlichen, zu betrüblichen Mittel streng von sich zu weisen. Uebrigens ständen ja auch die Kassenverwaltungen und -Verwaltungen solchem Treiben gerade nicht ohnmächtig gegenüber. Und hier auf Betrug und Kassenüberhebung ausgeht, rein geht es ein und wieder auch unter dem jetzt meistens üblichen System mit den Zwangsärzten.

Die unbeschränkt freie Arztwahl kann allerdings nicht eingeführt werden, was auch die Gegner als Grund der Ablehnung anführen. Die auf dem platten Lande wohnenden Kassenmitglieder, die oft Stunden weit zum nächsten Arzt haben, werden auf große Auswärts bezichtigen müssen, umso mehr, da leider kein Arzt verpflichtet ist, Kassenpatienten oder überhaupt jemand zu behandeln. Wo aber kein Arztmangel ist, sollte es den Kassenmitgliedern freistehen, sich aus der Zahl der sich der Kasse zur Verfügung stellenden Ärzte einen nach Gefallen wählen zu dürfen. In großen Städten müßte freilich die Wahlfreiheit bezirksweise abgegrenzt werden.

Vinige Kassen haben die freie Arztwahl seit vielen Jahren eingeführt und einige größere Krankenkassen sind erst kürzlich gefolgt. Die Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M. soll nun infolge dieses Systems in einem Jahre M 82 000 mehr ausgegeben haben. Es dürfen aber wohl noch andere Umstände bei diesem „Fehlbetrag“ mitgewirkt haben. Zahl und Wert der Krankheitsfälle sind ja nicht in jedem Jahre gleich. Wenn aber die Mehrzahl der Fälle auf sich allein auf die freie Arztwahl zurückzuführen ist, so ziehen wir daraus den Schluß, daß die Kasse früher ihre Pflichten gegenüber ihren Mitgliedern gröblich vernachlässigt hat. Dies geht aus daraus hervor, daß die Kasse vordem nur 15 „Zwangsärzte“ hatte (der Zwang lag bei den Mitgliedern) und jetzt 200 Kassenärzte hat. Wie mancher Kranke mag sich da wochenlang mit einem im Anfang leicht zu behandelnden, später tief eingetretten Leiden herumgeschleppt haben, nur weil er nicht zu einem der „Zwangsärzte“ gehen mochte. So ist es bei allen Kassen ohne freie Arztwahl.

Wir hätten es für dringend notwendig, daß im Interesse einer besseren Gesundheitspflege die freie Arztwahl nach Möglichkeit eingeführt wird. Die Begründung, die die Ärzte für diese Forderung anführen, können wir freilich nicht anerkennen. Es werden von einer „unwürdigen“ Behandlung durch die Kassen

vorstände, die durch die freie Arztwahl beseitigt werden soll. Es scheint uns aber, als wenn viele Ärzte es überhaupt als unwürdig empfinden, zu Kassenvorständen, die der arbeitenden Klasse angehören, in einem gewissen Dienstverhältnis zu stehen. In Leipzig reden die Herren Ärzte von dem Kassenvorstand als von „Schützern und Ednebern“, anderswo verlangen sie die Ablegung ihnen unangenehmer Pflichten z. B. den Bann sollten sich die Leuten aber schleunigst ausziehen lassen. Wir würden mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren, wenn sich Kassenvorstände annehmen wollten, mit den Ärzten im Tone prärogierter „Arbeitgeber“ zu verfahren, ebenso entschieden muß man sich aber dagegen verwahren, wenn Ärzte hochmütig auf die Arbeiter und ihre Vertreter in den Kassen herablicken wollen und die Kassen nur als Ausbeutungsobjekte betrachten. Den Kassenvorständen steht unbedingt das Recht der Kontrolle über die ärztlichen Handlungen zu. Daran darf die freie Arztwahl nichts ändern.

In dem Kampf der Ärzte stellt sich die Regierung ganz auf die Seite der „Streikenden“. Die Regierung droht mit der Zwangsverwaltung der Kassen, wenn keine Einigung mit den Ärzten zu Stande kommt. Es wurde in den letzten Tagen der vorigen Woche aus E. O. L. berichtet:

„Die Regierung verzögert zur Beseitigung der schweren Mißstände in der ärztlichen Versorgung der Krankenkassenmitglieder die Aufnahme der Kassenpraxis durch die Kölner Ärzte unter Zuhilfenahme der Forderung der freien Arztwahl, der Schiedsgerichte und eines Honorars von M 6 pro Kopf und M 15 pro Familie, mit einer fünfjährigen Vertragsdauer. Die Ärzte garantieren durch ihre Organisation für die finanzielle Lebensfähigkeit der Kassen. Die unwürdigen Ärzte werden ihrer Stellen entzogen und abgefunden.“

Das bedeutete einen Eingriff der Behörden in den gegenwärtigen Streit zwischen Kasse und Ärzten, der formell zwar durch das Gesetz gebietet, materiell aber unübersicht ist; er bedeutet die vollständige Erfüllung der ärztlichen Forderungen und ist nur konsequent in einem: darin nämlich, daß er rechter Hand und linker Hand verläuft, wie es in dem Streite zwischen Kassen und Ärzten in jeder Beziehung geschieht.

Die Ärzte garantieren durch ihre Organisation für die finanzielle Lebensfähigkeit der Kassen. Was berechtigt und wer verpflichtet ist zu dieser Garantie, und wodurch wird die Erfüllung dieser Garantie gewährleistet? Nach dem Gesetze haben einzig und allein die Kassenvorstände für die pflichtgemäße Verwendung der Kassenmittel, und die Kassenmitglieder haben mit ihren eigenen Geldmitteln die Kasse lebensfähig zu erhalten. Nimmt die Behörde die Verwaltung in die Hand, dann besteht es für die pflichtgemäße Verwendung der Kassenmittel. Was geschieht, wenn die Kassen dennoch nicht lebensfähig bleiben? Kann man dann etwa die Ärzte zwingen, einen für die Kassen günstigeren Vertrag einzugehen? Nein, dann werden die Leistungen herabgesetzt und die Beiträge erhöht.

Die Eulmburger Ortskrankenkasse hatte den Ärzten ein Jahreshonorar von M 6000 garantiert. Das war den Ärzten nicht genug, sie traten in den „Streik“ ein. Der Kasse gelang es, von auswärtig 25 Ärzte heranzuziehen, noch aber erheblichen Gegenmaßnahmen der bisherigen Kassenärzte (wären es Arbeiter, so würde die ganze „gutgesinnte“ Gesellschaft, einschließlich der Behörden und Gerichte, von „wütendem Terrorismus“ reden). Die Kassen haben sich jedem dieser fremden Ärzte gegenüber zu einer sofort zu zahlenden Konventionsstrafe von M 6000 für Nichterfüllung des Vertrages verpflichtet, wobei weitere Schadenersatzansprüche ausdrücklich vorbehalten worden sind. Sollen das jetzt die Kassen bezahlen? Da die Verträge auf fünf Jahre abgeschlossen sind, kann eventuell eine Gesamtschadenersatzforderung von M 900 000 entstehen. Ein solcher Fall, die Kassen finanziell direkt den Ärzten in die Hände zu liefern, ist noch nicht dagewesen.

Die Ärzte spielen sich als Streikende auf, vergleichen sich mit streikenden Arbeitern, die Kassen mit ausbeutenden Unternehmern und die Ärzte, die für Kassen zu praktizieren geneigt sind, als Streikbrecher. Nichts ist falscher als diese Darstellung, die auf rein äußerlichen Parallelen beruht. Schon der Umstand, daß diese sogenannten Streikenden sich nicht nur des Schutzes aller Schatzmacher, sondern auch des Schutzes der Behörden erfreuen, sollte zu denken geben.

Am 25. Januar d. J. hat in Leipzig der dritte allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands stattgefunden. Nur ein einziger Punkt: Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzteschaft, stand auf der Tagesordnung. Die genaue Präzisierung ist noch nicht heraus, schätzungsweise waren über tausend Kassen durch ebenso viele Delegierte vertreten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Als Wähler der Interessen von Millionen Versicherten weisen die auf dem dritten deutschen Krankenkassenkongress anwesenden Vertreter deutscher Orts-, Betriebs-, Knappschafts-, Freien Hülfss- und Zünfts-Krankenkassen die Anschauung zurück, daß die durch das Krankenversicherungs-gesetz geschaffenen sozialen Institutionen den ärztlichen Notstand verschulden, da sie im jetzigen Widerstand steht mit den Lausachen der nationalen und internationalen Statistik.“

Die hier verammelten Krankenkassenvertreter erheben ferner Einspruch gegen die Verusche bestimmter Ärztegruppen, die Abwehrbestrebungen der Krankenkassen gegen unzureichende ärztliche Forderungen als ausgeproben sozialdemokratische Maßnahmen in Mitleidenschaft zu bringen, denn in der Tat sind die Kassen aller Organisationsformen, gleichgültig ob sie unter der Leitung von Staatsbeamten, Unternehmern, Zunftmeistern oder organisierten Arbeitern stehen, einzig in der Zurückweisung derartiger Forderungen.

Die Krankenkassenvertreter erwidern in dem überföhrigen Betreuen bestimmter Interessentengruppen, den sozialen Gegensatz zwischen den Unternehmern und Arbeitern mit dem zwischen Ärzten und Krankenkassen gleichzustellen, eine noch überlegte Vorföhrung der Versicherten zu Gunsten unberechtigter ärztlicher Ständeforderungen; denn die Krankenkassen sind keine auf Profit aufgebaute Unternehmen und die Ärzte keine Lohnarbeiter, vielmehr sind die Kassen Wohlfahrtsinstitute und die Ärzte eine Art Sanitätsbeamte, die ein weitgehendes, tatsächliches Verfügungsrecht über Kassenmittel besitzen.

Die Krankenkassenvertreter sehen sich ferner gedrängt, gegen die Galtlosigkeit der in der Ärztespreß aufstrebenden Vorstellung, die Krankenkassen seien eine Geldblutstätte, aufzutreten, da ja der größte Teil der deutschen Krankenkassen noch nicht einmal den gesetzlich festgesetzten Mindestfonds zusammengebracht hat.

Die Krankenkassenvertreter erklären die Einführung der freien Arztwahl je nach den örtlichen Verhältnissen als innere Angelegenheit der einzelnen Kassen und halten sich deshalb für verpflichtet, ausdrücklich gegen eine gesetzliche Bestimmung sich zu erklären. Der Versuch einer Keiße von Kassen, die freie Arztwahl durchzuführen, ist an der enormen Steigerung nicht nur der ärztlichen Honorars, sondern mehr noch des Krankengeldes und der Medikamente gescheitert. Sie verhindert infolge dessen den Ausbau der sozialen Fürsorge (Familienunterstützung, Melonaleszentpflege usw.) gemäß § 21 des Krankenversicherungsgesetzes.

Die Krankenkassenvertreter halten es für ihre Pflicht, die Krankenkassen auf die charakteristische Tatsache aufmerksam zu machen, daß die Ärzte auf ihren Kongressen vielfach die Frage der freien Arztwahl mit der Frage der Bezahlung nach Einzelleistung verknüpfen.

Sie weisen die Bezahlung nach Einzelleistung auch bei ermäßigten Sätzen als eine den Reu der Kassen herbeiföhrnde Forderung zurück, welche den ganzen sozialen Zweck der Versicherung zu vernichten geeignet ist; sie macht die Selbstverwaltung zu einem großen Teile illusorisch.

Die Vertreter der Krankenkassen halten den Weg einer direkten Anwendung von Staatsmitteln an die Ärzte im Interesse der steuerzahlenden Arbeitgeber und Versicherer und der Selbstverwaltung der Kassen nicht für gangbar.

Die Krankenkassenvertreter bezeichnen die ärztliche Forderung, die Personen mit einem Einkommen von mehr als M 2000 außerhalb der sozialen Versicherung zu stellen, für sozial rückwärtig und für die Fortentwicklung der Kassen läghend.

Die Krankenkassenvertreter erachten eine Verringerung der auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Krankenkassen gesetzlich zur Gewährung ärztlicher Hilfeleistungen gezwungen und somit den Ärzten in die Hände gefesselt sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt aufzuersticht, muß auch gesetzlich für die Pfllichtigkeit ihrer Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Ärzte gegen die Bezahlung staatlicher Exzen zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Krankenkassenmitgliedern verpflichtet.

Da einzelne Kassen sich vielfach als ohnmächtig gegenüber unberechtigten an sie heranretenden Forderungen erweisen, empfiehlt der Kongress für alle Orte bezw. Bezirke die Zentralisation aller Kassenarten bezw. den Zusammen-schluß zu Verbänden schleunigst zu bewirken.

Die Krankenkassenvertreter erklären zum Schluß, daß sie sich von jeder prinzipiellen Ärztesolidarität frei wissen und nur bestrebt sind, die sozialen Aufgaben der Krankenkassen mit den Verusinteressen der Ärzte in Einklang zu bringen.“

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr vorföhrlich.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:**
- Prov. Brandenburg:** Wittenbergs (Sperrn über den Singerschen Fabrikbau), Ketzin a. d. E. (Sperrn über Maurermeister Meissel, Reparatur von Ziegelöfen);
- Schlesien:** Breslau (Sperrn über Baumgart wegen Maßregelung);
- Prov. Sachsen und Anhalt:** Ochersleben (Aussperrung), Barby (Aussperrung der Maurer), Magdeburg (Sperrn über Wills, früher Druhs & Engelmann);
- Könlgr. Sachsen:** Leipzig (Sperrn über die Bahnhofsbauten der Unternehmer Risse & Lingsleben aus Halle, Berndt aus Dresden und Marien in Leipzig);
- Rheinprovinz:** Oberhausen (Sperrn über Brüggemann, Krochmeiser & Co., Gebr. Müller und Osternyk), Wermelskirchen (Sperrn über Hussels).

Die Sperrn über die Firma Töffe in Nürnberg ist zu Gunsten unserer Kollegen beendet worden. In einer von der Firma verlangten Unterhandlung wurde am 29. Januar nachliegender Vertrag im Beisein der Vertreter der Zunng und des Mittelfränkischen Bauarbeiterverbandes abgeschlossen: Einigungsvertrag, abgeschlossen zwischen der Firma Wilhelm Töffe und dem Zentralverband der Maurer, Zweigverein Nürnberg, vertreten durch Herrn. Eingehardt. 1. Die Firma Töffe verpflichtet sich, vom 29. Januar an für Maurer, die am Gaswernebau beschäftigt waren, 46 % pro Arbeitsstunde zu bezahlen. 2. Zur Regelung weiterer Bestimmungen gilt der jetzt bestehende Arbeitsvertrag der Zunng der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Nürnbergs. 3. Ferner verpflichten sich beide Teile, Maßregelungen zu unterlassen; alle im Ausnahm gewesenen Maurer werden wieder in Arbeit genommen. 4. Für den Fall der Einstellung neuer Arbeiter befaßt sich die Firma Töffe das Recht vor, untaugliche Leute, die obigen Lohn nicht verdienen, nach Ermessen wieder zu entlassen oder sie ihren Leistungen entsprechend zu entlassen. 5. Die im Ausnahm gewesenen Maurer verpflichten sich, die Arbeit am 30. Januar d. J. wieder aufzunehmen.

Wortherhand können wir uns mit der Ertrungenschaft zufrieden geben. Ist es doch das erste Mal seit langer Zeit, das es uns gelungen ist, widerem hiesigen Unternehmertum etwas abzurufen. Wäre es allen Mitgliedern ein Ansporn sein, alles daran zu setzen, bis der letzte Mann der Organisation geführt ist.

Der Vize hatte zuvor große Anstrengungen gemacht, um Streikbrecher aufzutreiben. Und einige andere Innungsmeister ließen es sich nicht nehmen, mit auf die Streikbrecherliste zu geben. Die Herren haben uns dabei nur die Orte genannt, wo wir sofort mit der kräftigsten Agitation einzusetzen haben, so daß, wenn in Zukunft unsere List totallos total hielten, Unternehmern wieder dort nach Streikbrechern suchen, sie ihr Verbleib umsonst verpassen können. Aber nicht umsonst, so schon für die Herren gewesen sein, als ihnen am Montag ihre List zu bewachen und noch besser empfangenen Arbeitswilligen wieder abgenommen und sofort betrautet wurden. Es fanden sich dann noch zwei Widmer, die, um gewiß und schließlich zu bleiben, von Frau Vize selbst auf der Waise unter die Friseur genommen wurden, während Herr Baufriseur Dogauner sie, bis an die Zähne bewaffnet, von und zur Baustelle begleitete und dabei großen Mut zeigte. Denn als die Ausständigen eines Abends sich die Arbeitswilligen etwas genauer ansehen wollten, retirierte er so schnell er konnte mit seinen Schützlingen über eine Mauer, um sie so vor unseren gefährlichen Einwirkungen zu retten. Gewiß eine heroische Tat, die aber vollständig umsonst war, denn die beiden sind doch zu uns übergetreten. Nur eines ist noch nicht geklärt. Wir möchten nämlich zu gern wissen, wie viel Anteil einer Baugewerkschaft und welche man beizubringen muß, um die Friseurzunft zu erweitern, solche Transporte auszuführen zu können und den Selbstmord zu solchen hervorragenden Taten zu erlangen. Herr Oberinnungsmeister Hausen beschäftigte sich natürlich auch sehr viel mit unserer Sache und gab uns den Rat, doch in einen allgemeinen Streik einzutreten, parallel würden wir nichts erlangen. So gern wir uns sonst beschreiben lassen, in diesem Falle waren wir doch der Meinung, unsere tatsächlichen Fragen ohne Unterbrechung des Oberleiters zu entscheiden. Wie wir leben, hat uns der Erfolg nicht gegeben.

In Regim. a. d. S. erhalten die Maurer seit Jahren bei Osterarbeiten in den Arbeiter einen Zuschlag von 24 % pro Stunde. Schon im vergangenen Jahre machte Maurermeister M. i. b. i. den Versuch, diesen Zuschlag zu kürzen, jedoch ohne Erfolg. Zur Zeit werden wieder eine ganze Reihe derartigen Mißbräuen ausgeübt. Um nun seinen Willen durchzusetzen, ließ M. nach Feierabend einen Maurer nach dem andern ins Bureau kommen und sagte ihm, daß er die Arbeit hätte, ihn bauern zu beschäftigen, wenn er sich als Gegenleistung verpflichtete, auf den bisherigen Zuschlag bei Osterarbeiten und auf die geforderte Lohnverhöhung in diesem Jahre zu verzichten. Dem Drängen des Unternehmers und dem spendieren Kognat nachgebend, gingen auch einige Maurer auf den Vorschlag ein. Im nächsten Lohnstage zahlte Meister, gestützt auf seine Vereinen, den Zuschlag nicht mehr aus. Alle Verträge, eine Verständigung herbeizuführen, wurden von M. abgelehnt. Darauf legten neun Kollegen die Arbeit nieder, während die Vorräte und einige alte Gesellen zu Streikbrechern wurden. Alle Arbeiten Weibels sind gelindert.

Differenzen in Bremen. Die Bremer Maurer haben am 26. Januar in einer stark besuchten Versammlung Stellung genommen gegen die von den Unternehmern geplante Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Etwa 1800 Kollegen waren anwesend. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Godebsen über den Stand der Dinge und über den Anlaß, warum sich die Kollegen mit der Lohnfrage beschäftigen müssen, wurde ein sehr ausführlicher Tarif beraten und beschlossen, in dem eine Lohnverhöhung von 5 % pro Stunde und einige andere Verbesserungen des jetzigen Tariffs gefordert werden. Sodann wurde eine Kommission gewählt und mit dem Auftrag ausgestattet, Unterhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen. Wie die Unternehmern nun gekommen sind, dürfen wir ja in den nächsten Wochen erfahren. Es ist aber schon jetzt notwendig, überall ein gutes Augenmerk auf Bremer Unternehmern und ihre Agenten zu haben, damit gegebenenfalls den Bremer Kollegen der Rücken frei bleibt.

Differenzen in Gelsenkirchen. (Blattenanseher). Den Unternehmern im Blattengeschäft ist der „große Wurf“ gelungen. Sie haben sich eine „Arbeitsordnung“ geleistet, die verdient, von dem „Arbeitsverband“ prämiert zu werden. In der nächsten Nummer wollen wir einige Proben der Gelsenkirchener Unternehmerrückwärts herdentischen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Agitation und Flugblattverbreitung.

Auf einer Konferenz, welche wir im Monat Januar mit den Gewerkschaften abhielten, wurde beschlossen, in diesem Frühjahr mit Beginn der Bauzeit, eine ganz umfassende Agitation zu betreiben, um die nichtorganisierten Kollegen unserem Bunde anzuführen.

Die Agitation wird eingeleitet werden durch eine allgemeine Hausagitation, welche in allen Orten zu gleicher Zeit vom 1. bis 15. März unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist. Zur Unterstützung und Erleichterung der Agitation geben wir ein Flugblatt in Broschürenform, 16 Seiten stark, heraus. Das Flugblatt soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Bunde nicht angehörenden Kollegen zugestellt werden, und zwar ersteren durch die „Grundstein“-Verkäufer und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir eruchen die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hiervon Notiz zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugblattverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen aufgeschrieben und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten das Flugblatt ins Haus tragen und diese noch mündlich zu bewegen suchen, sich dem Bunde anzuschließen.

Neben der Hausagitation soll mit Beginn der Bauzeit wieder eine lebhaftige Agitation auf den Arbeitsplätzen betrieben und zu dem Zweck das Baulegierensystem allgemein eingeführt werden. Auf jedem Arbeitsplatze, wo mehrere Kollegen beschäftigt sind, muß ein Baulegierer vorhanden sein.

Um die Aufnahme der Mitglieder zu erleichtern, müssen die Baulegierens- und Hausagitatoren keine Aufnahmehesche, welche bei uns in beliebiger Zahl zu haben sind, bei sich führen. Das Flugblatt verstehen wir so früh, daß es sich spätestens am 1. März in Händen der Zweigvereinsvorstände befindet. Die Gewerkschaften eruchen wir um Mitteilung, wie viel Exemplare des Flugblattes für Organisierte und Nichtorganisierte nach den einzelnen Zweigvereinen zu senden sind und wie viel Exemplare sie selbst wünschen. Diese Mitteilung muß uns aber umgehend gemacht werden, damit wir die Auflage des Flugblattes feststellen können.

Bibliothek der Zweigvereine.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Bildung und Bildungsmittel“ beschloß der letzte Verbandstag folgende Resolution:

„Der Siebente Verbandstag des Zentralsverbandes der Maurer Deutschlands erklärt es für eine Pflicht des Verbandes, neben den materiellen Mitteln auch die Bildung seiner Mitglieder auf das Nächstbestmögliche zu fördern.“

Der Verbandstag verpflichtet den Vorstand und alle übrigen Organe des Verbandes, dahin zu wirken, daß für Bildungszwecke aus den Kassatassen mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere hält der Verbandstag für notwendig, daß seitens der Zweigvereine Bibliotheken oder Archive eingerichtet werden, in denen zunächst alle vom Verband herausgegebenen Schriften: „Grundstein“, Verbandsprotokolle, Statistiken, Geschichte der Maurer usw., in gebundenen Exemplaren zu sammeln und der Agitation dienlich zu machen sind.

Im Weiteren werden die Zweigvereine dringend aufgefordert, Schriften politischer, wirtschaftlicher und sozialer Inhalts nach Möglichkeit auf Vereinskosten anzuschaffen und den Mitgliedern zwecks Fortbildung zugänglich zu machen, wie auch den Vereinskassieren die Pflicht zugewiesen werden muß, die Versammlungen durch Vorträge oder Vorträge zu unterstützen, daß Geist und Gemüt der Mitglieder angeregt und weiter geführt werden.“

Um den Zweigvereinen die Beschaffung der vom Verband herausgegebenen Schriften zu erleichtern, haben wir noch alle Protokolle und Schriften gesammelt und einbinden lassen. Wir bieten dieselben nach anderen Verbandschriften, welche wir ebenfalls einbinden lassen, zum Kauf an.

Die Preise sind so niedrig bemessen, daß kaum die Kosten des Einbandes und des Versandporto gedeckt werden.

Es stehen an Schriften zur Verfügung, so lange der Vorrat reicht:

1. Protokolle vom 1., 2., 3. Verbandstag und 9. Kongress, zusammengebunden. Preis M. 1,50.
2. Protokolle vom 4., 5. und 6. Verbandstag, zusammengebunden. Preis M. 1,50.
3. Protokolle vom 1. Bauarbeiterkongress an, Proschüre: „Mißstände im Baugewerbe“, zusammengebunden. Preis M. 1,50.
4. Geschichte der Organisation der Maurer Deutschlands von Fr. Paepfgen, elegant gebunden. Preis M. 1,50.
5. Das Baugewerbe in der Statistik, gebunden. Preis M. 1.

Um Verbandsvorstände bestätigt

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingelangt haben.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Andreas Drozdzynski-Josen (Buch-Nr. 44 727), Franz Nowack-Stettin (45 709), Adolf Saerhorn-Miesbaden (48 270), Karl-Meer-Miesbaden (48 223), Wilhelm Bercl - Magdeburg (41 650), Christian Koch-Lübeck (188 892), Heinrich Edel-Göhr (118 284), S. Schmidt-Hamburg (148 440), Karl Schäfer-Fors (129 229), Andreas Frick-Frankfurt a. M. (24 278), Heinrich Scholl - Warmen (62 140), Otto Schubert-Bremervorhaben (111 908).

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 24 b des Statuts vom Zweigverein Berlin (Zahlst. Weikensee): Emil Friedrich (Buch-Nr. 4043), Otto Jochen (10 566); Galbe: Heinrich Worrmann (58 020); Osterode i. Br.: Paul Probowitz (93 243); Alt-Ostentfer: Richard Lehmann (56 640); vom Verbandsvorstand: Heinrich Hunger in Leipzig-Stötterig (95 743).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert,

seinen Verpflichtungen gegenüber dem bisherigen Kassierer des Zweigvereins W a l s r o d e nachzukommen, wird der Maurer Heinrich Müller, geb. 25. September 1877 zu Blankenese. Den Kollegen Karl Wod, geb. 9. September 1869 zu Obernsfeld, dem Verbandsmitglied am 1. August 1900 zu Hannover (Buch-Nr. 31 928), eruchen wir, uns mitzutheilen, zu welchem Zweck er sein Mitgliedsbuch nach hier eingeschickt hat.

Sterbegeld

ist in der Zeit vom 24. bis 30. Januar bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder respektive deren Frauen: Richard Matthiasch-Eppenberg, Buch-Nr. 101 910; Franz Krüger - Garbelingen, 70 802; Hermann Faltz-Harburg, 77 198; Valentin Nicolaus-Miesbaden (Frankfurt), 48 463; Gustav Wilkain-Liepe, 83 544; Max Brasse-Frankfurt a. b. D., 69 087; Johann Bahg - Bremerhaven, 56 068; Josef Nicker - München (Frankfurt), 88 188; Joachim Jennerjahn - Teßlin (Frankfurt), 104 029; Karl

Schäpe - Alen, 178 877; Joachim Meyer-Siedel, 84 467; Georg Vorderer-Barmstedt, 62 428; Frick Bernison-Magdeburg, 41 682; Frick Gertr.-Berlin, 8443; Anton Sorban-Gommern, alte Buch-Nr. 071 544.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einreichung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeprotokolle des selben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzutheilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Verbandsvorstand.

Marken-Versand.

Vom 18. bis 30. Januar sind Marken versandt worden (B = Eintrittsmarken, D = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Notbrottagemarken, L = Totalspendenmarken):

- Mus 25 E a 50 A, 200 B a 35, Achim 10 E a 50, 100 A a 25, 100 B a 50, 100 L a 10, Apenborn 10 E a 50, 100 B a 35.
- Warmen-Eberfeld 500 B a 25 A, Borchhorst 20 E a 50, Bonn 50 E a 50, Bergen 4000 B a 35, Bergheim 200 L a 20, Bremen 1000 B a 35, Bernier 400 B a 20, 400 A a 25, Borchhorst 100 B a 40, Braunshweig 200 B a 25, Cest 2000 B a 40 A, Chemnitz 200 B a 25, 400 A a 55, 6000 B a 45, 600 B a 40, Coburg 500 A a 25, Dresden 600 E a 50 A, 80000 B a 40, 5000 B a 55, 6000 B a 50, 2000 B a 45, 2000 B a 40, 1000 B a 30, 5000 A a 25, Deutsch-Meißnitz 100 B a 25, Ebstorf 10 E a 50 A, 25 B a 25, Freilburg 800 B a 40 A, 50 E a 50, Görtz 1000 L a 10, Friedeburg 5 E a 50, 100 B a 55, Franzenberg 400 B a 30, 25 E a 50.
- Greiffenhagen 100 B a 30 A, Grömis 10 E a 50, 200 B a 35, 50 B a 55, Goldbach 400 B a 35, Greiffenberg 100 B a 30, 20 E a 50.
- Halle 5000 B a 50 A, 1000 A a 25, Hohenströden 400 B a 35, 300 B a 25, 50 A a 25, Hülsmann 80 E a 50 A, 100 B a 25, Holtmann 400 B a 55.
- Königsfluter 500 L a 10 A, Kadowitz 200 B a 25 A, Kältenburg 50 B a 25, Seifshin II E a 50, 50 A a 25.
- Mühlhausen I. Th. 45 E a 50 A, Mühlhausen 50 B a 25, Mühlhausen i. Gf. 400 B a 35, 200 B a 25, 200 K a 10, Mülheim (Mühl) 50 E a 50, Neustadt i. M. 200 B a 35 A, 100 A a 25, Prantzen 200 B a 30, Nowawes 2000 K a 5, Naumburg 1000 B a 35, 200 B a 25.
- Oppeln 200 B a 25 A, Oshausen 400 B a 30, Olsberg 200 B a 30, Olsberg 200 B a 40, Olsberg 200 B a 30, Barchim 100 B a 35 A, 100 B a 25, Pyritz 150 B a 25, 600 K a 10, Röllitz 800 B a 50, Rolten 200 E a 50, Reichenbach 1600 B a 35 A, Riechitz 100 K a 10, Ruhrort 100 B a 25.
- Sollingen 1800 B a 50 A, 100 B a 25, Swinmünde 1000 K a 10, Schleswig 200 K a 10, Schöningen 50 E a 50, 50 A a 25, Schwüningen 50 E a 50, 200 B a 40, 200 B a 25, Saalfeld 400 B a 35, Seebin 6 E a 50, 200 A a 25, Sebnitz 100 B a 25, Seitzin 10000 B a 50.
- Trebitz 100 B a 30 A, Umma 1000 B a 40 A, Witten 100 E a 50 A, 200 B a 25, 800 B a 40, Wislamar 200 B a 35, Wegeleben 10 E a 50, Wislamarhagen 100 E a 50, 8000 B a 40, 5000 K a 15, Waldenburg 1000 B a 30, 100 B a 45, 200 B a 25, 100 K a 25.
- Zechn 200 B a 30 A, Zarentin 5 E a 50, 200 B a 30, Zechn 400 B a 30, 200 A a 25.

In der Zeit vom 26. Januar bis 1. Februar 1904 sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

- Von den Zweigvereinen in Magdeburg und Umgegend M. 2932,38, Belgiz (in zwei Anzahlen) 288,89, Reinbeck 201,96, Gorgast 188,84, Döberan 162,20, Erxene briezen 155,98, Schönewalde in der Mark 149,88, Gumbach 138,30, Reichenhagen 113,16, Reizen 95,20, Joachimsthal 14,40, Eberwalde 12,50, Dicksa 7,20, Lambrecht 5,76, Kempton (in zwei Anzahlen) 41,44, Wachen 23,04, Falkenstein im Vogtland 16,10, Sandow 8,60, Nordhausen 161,20, Schörlitz 84,35, Mühs i. Pommeren 68,63, Schwandau i. b. Mark 50,10, Wieg i. b. Mark 14,08, Linbau 84,23, Schläue 54,12, Ullm a. b. D. 95,84, Dornitz 6,48, Callitz u. Lunge 62,67, Blathe i. Pommeren 15,15, Reiz 1,50, Wenden 178,42, Ronneburg 80,33, Wrischaben u. Lunge 1199, Gündsburg 338,80, Dranienburg 322,54, Herberg 85,92, Stadt-Jim 14,16, Borch 96,04, Ronitz 58,63, Daboltz 24, Sternberg i. W. 45,68, Reinfeld 24,63, Jelenkowa 17,76, Crumfahd 14,40.
- Für Protokolle vom 7. Verbandstag in Berlin. Regensburg M. 2,80, Gumbach 2, Wieg - 20, Crumfahd 3, Mägeln b. Dresden 6.
- Für Protokolle vom 2. Bauarbeiterkongress. Mägeln b. Dresden M. 2.
- Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“. Wiesbaden M. 1.
- Für Futurale. Regensburg M. - 70, Döberan 1, Wachen 1,20, Nordern ham 2, Borch 5.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einhaber von Geldern werden erucht, auf den Nachschüssen genau anzugeben, wofür das eingelangte Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Küster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

S a u b u r g, den 1. Februar 1904.

J. Küster, Hamburg 5, Bremerstr. 11.

Berichte.

Am Albet. (Agresbergl.) Die Bauhilfsstelle war im vergangenen Jahre fast durchgehendes ziemlich gut. In Lübeck, Rostock und Schwerin war sie besonders günstig, so daß eine stetige Nachfrage nach Arbeitsträgern zu verzeichnen war. In einigen Orten Mecklenburgs, wie z. B. in Rellin, Waren, Ribben, Gnolen, Neuland, Bengeln, Meina, Wismar, Ribnitz, Neustadt i. M., Crivitz und Malchin war zum Teil gar keine oder nur eine ganz minimale Arbeitsgelegenheit, so daß die Mehrzahl der Kollegen gezwungen war, schon gleich zu Beginn des Frühjahres ihr Arbeitsfeld in Rostock, Schwerin, Malchin, Lübeck und Kiel zu suchen. Auch in Gornburg fand wohl eine ganze Anzahl dieser „Blütlings“ Unterkunft.

Wie sich die Bauhilfsstelle in diesem Jahre gestalten wird, ist wohl kaum fest schon mit Bestimmtheit anzugeben. Soweit bekannt, ist für Lübeck, Schwerin und Rostock wieder eine gute Konjunktur in Aussicht. Dasselbe gilt für einige kleinere Orte. Im großen und ganzen dürfte wohl ein näherer dieselbe Arbeitsgelegenheit wie im vorigen Jahre vorhanden sein.

Die Mitgliederbewegung im Gau gestaltete sich folgendermaßen:

4. Quartal 1903 in 67 Zweigvereinen	2882 Mitglieder
1. " 1903 " 57 " "	2865 " "
2. " 1903 " 58 " "	2881 " "
3. " 1903 " 55 " "	2841 " "

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 2707. Im Jahre 1902 betrug die Durchschnittszahl 2720; sie ist also nahezu geblieben.

Neugebildet wurden zwei Zweigvereine, Crivitz i. S. und G. e. u. i. d. i. e. l. i. e. n. der Auflösung anheim, so daß am Jahreschlusse 60 Zweigvereine vorhanden waren. In Lübeck, wo im vorigen Jahre schon zum dritten Male mit vieler Mühe ein Zweigverein ins Leben gerufen wurde, liegt es vor allen Dingen an der Interesselosigkeit der Kollegen, daß die Organisation nicht vorwärts kommt. Die schärfste Arbeitsgelegenheit hat dann bewirkt, daß die leitenden Personen sich auswärts um Arbeit bemühen mußten. Da ein Ersatz nicht zu beschaffen war, blieb weiter nichts übrig, als die Auflösung des Zweigvereins. Wemelt sei hier noch, daß von circa 80 im Bezirk wohnhaften Maurern nur ein Dutzend organisiert war. Dasselbe gilt von Marlow. Hier waren von 35 Kollegen 10 organisiert. Die Mitgliederzahl schrumpfte dann bis auf fünf zusammen und bei einer vorgenommenen Revision stellte sich dann heraus, daß auch diese fünf mit ihren Beiträgen, zum Teil über 12 Wochen, restierten. Der Vorsitzende hatte im November noch nicht für eine etwaige Woche Beitrag bezahlt. Unter solchen Umständen hielt es der Gauvorstand für ratsam, die Verbandskontrollen mitzunehmen. Der Zweigverein Maldo i. o. hatte sich bis zum Streik im Jahre 1903 sehr entwickelt. Eämliche Kollegen, mit Ausnahme der Klostermaurer, gehörten der Organisation an. Nach Beendigung des Streits wurden mehrere Kollegen von den Unternehmern bevorzugt und ihnen Stundenlöhne von 40 - 3 und darüber hinweg gezahlt, während der allgemein übliche Stundenlohn auf 38 1/2 festgelegt worden war. Dies führte zu persönlichen Neiderereien und schließlich zur Auflösung des Zweigvereins.

Als sich im Frühjahr 1903 eine außerordentlich günstige Arbeitsgelegenheit bemerkt machte, und am Orte circa 40 fremde Maurer in Beschäftigung waren, glaubten wir, daß dieses mit dazu beitragen würde, die Kollegen wieder zum Gange zu führen, um den Unternehmern ein paar Kleinige Lohn mehr abzugeben. Aber diese Hoffnung schlug vollständig fehl. Wohl wurde beschäftigt, eine Forderung einzuweisen, aber keiner wollte es übernehmen, dafür tätig zu sein. Vorsitzender und Kassierer besaßen keine Veranlassung mehr ein. Der „Grundstein“ wurde nicht mehr bevertheilt, die Beiträge nicht mehr eingekassiert und das Ende war da. Auch hier stellte es sich heraus, daß der Vorsitzende nur für 4 Wochen und der Kassierer für 3 Wochen Beiträge bei Auflösung des Zweigvereins (im November) bezahlt hatten. Es geht daraus, daß das Interesse für die Sache längst verloren war.

Die Agitation, die vom Gauvorstande und den eingeweihten Vertrauensmännern betrieben wurde, brachte ein befriedigendes Resultat. Wir glauben, daß es uns gelingen würde, noch einige Hundert von den uns fernstehenden Kollegen heranzuziehen, aber obwohl die größten Anstrengungen gemacht wurden, war es nicht möglich. Die Furcht vor dem Unternehmern scheint in den meisten Fällen die Ursache der Zurückhaltung zu sein. Aber auch die Beitragszahlung scheint manchen zurückzuhalten. „Das ist uns zu viel, früher war es viel billiger“, bekommt man oft zu hören. Die Kollegen können sich eben nicht so in das Wesen unserer jetzigen Organisation hineinbegeben. Erzählt man ihnen dann, was die Organisation seit ihrem Bestehen für die deutschen Maurer erungen hat, dann begegnet man vielfach recht herrlichen Beispielen. Sie aber aufzukaufen und auch mitzuteilen helfen, dazu fehlt den Kollegen der Mut. „Bei uns müßt es ja doch nichts bekommen man oft zu hören. Die Kollegen können sich eben nicht so in das Wesen unserer jetzigen Organisation hineinbegeben. Erzählt man ihnen dann, was die Organisation seit ihrem Bestehen für die deutschen Maurer erungen hat, dann begegnet man vielfach recht herrlichen Beispielen. Sie aber aufzukaufen und auch mitzuteilen helfen, dazu fehlt den Kollegen der Mut. „Bei uns müßt es ja doch nichts bekommen man oft zu hören. Die Kollegen können sich eben nicht so in das Wesen unserer jetzigen Organisation hineinbegeben. Erzählt man ihnen dann, was die Organisation seit ihrem Bestehen für die deutschen Maurer erungen hat, dann begegnet man vielfach recht herrlichen Beispielen. Sie aber aufzukaufen und auch mitzuteilen helfen, dazu fehlt den Kollegen der Mut.“

Die Polizei hat uns in Mecklenburg noch keine Schwierigkeiten bereitet. Jedenfalls hat sie auch keinen Grund dazu, da wir uns streng nach dem Gesetze richten. Anders geht die Polizei in Holstein vor. So wurde uns in Crivitz ein Verfallungsbefehl entzogen, nachdem der Witte seine Funktionen vom Landrat erhalten hatte. In Ribnitz erging es uns ähnlich. Schon im Jahre 1901 hat der Landrat uns das einzige Lokal, das wir haben war, durch seinen Einfluß entzogen. Das Lokal wurde als beschlagnahmte zur Abhaltung von Versammlungen bestimmt. Aber die Abhaltung

von Versammlungen hatte man stets gestattet. Die Mitgliederzahl in Ribnitz ist dann dem Zweigverein Eutin angegliedert worden.

Versammlungen, Sitzungen und Kassenzessionen wurden in fast allen Zweigvereinen abgehalten. Leider sind auch wieder in drei Eutin-Bezirken Versammlungen vorgekommen. In Lübeck waren es 69, in Rostock 12, in Schwerin 12, in Marlow 10 im ersten Quartal 1904, die im zweiten Quartal beglückten wurden. Bei Auflösung des Zweigvereins war ein Mandat von 25,75 vorhanden. In Ribnitz hatte der frühere Kassierer ebenfalls 25,11 für sich verbraucht, die noch nicht ganz abgedeckt sind. Mit der Buchführung steht es noch immer recht traurig aus, wenn sie auch in einzelnen Orten als tadelloser bezeichnet werden muß. Vielfach weichen die Vorstandsmitglieder, übergeben die Sachen dann den neugewählten Kollegen, ohne sich nachher weiter darum zu kümmern. Nicht viele Vorrechnungen bekommt man zu sehen, die nur von dem Kassierer unterzeichnet sind. Vorsitzender und Revisoren kümmern sich um die Kassengeschäfte überhaupt nicht, die macht der Kassierer allein.

Stimmte polizeiliche Vorschriften, die auf die Bezeichnung der Mitglieder als „Beschäftigte“ lauten, die auf die Bezeichnung Bauarbeiter durch Anspruch machen könnten, existieren wohl nur in Lübeck, Rostock, Schwerin und Eutin. Seit einigen Jahren ist in Lübeck ein Beamter (vom Beruf Zimmermann) mit der Kontrolle der Bauten beauftragt; wodurch verschiedentlich Fängel sofort beseitigt wurden. Vermerkt sei, daß der Beamte auf Staatsbauten nichts zu suchen hat. Auf eine Eingabe der Bauarbeiterkommission an den Senat, dem Beamten die Kontrolle auch auf Staatsbauten zu übertragen, erfolgte eine ablehnende Antwort mit der Begründung, daß diese Aufgabe dem Beamten der Stadtbauverwaltung, die die Bauleitung in Händen haben, mit übertragen sei. Dieser haben sich die Herren von der Bauleitung leider recht ionig um solche Sachen gekümmert, sonst hätte es nicht vorkommen können, daß erst vor wenigen Wochen sämtliche Maurer und Bauarbeiter an dem Neubau eines Schulhauses wegen einer Bauwunde, die nicht wind- und regendicht, auch nicht heizbar war, die Arbeit einstellen. Bisher sind in Lübeck Startbauten noch keine Mutterbetriebe gewesen. Dasselbe trifft auch für Schwerin zu. Um beim Neubau der Kaiser-Verwaltungskasse ankommen, mußte erst die Bauvereins-Vereinsgenossenschaft in Anspruch genommen werden. Wie es nun in den kleineren Orten ausfällt, kann sich wohl ein jeder denken. Bauwunden trifft man nur vereinzelt und diese dienen in der Regel als Lagerort für Baumaterial und Handwerkszeug. Im Sommer dienen sie auch vielfach als Schlafort für die Bauhandwerker, wenn kein sogenanntes Kathenquartier zu beschaffen ist. Doch dürfte in den meisten Fällen gänzlich fehlen, ist nichts Neues. Die Gerichte sind teilweise so mangelhaft, daß man meinen sollte, es würde sich überhaupt niemand da hinauf wagen, um darauf zu arbeiten. Hoffentlich gelingt es uns, in absehbarer Zeit auch diese Mängel zu beseitigen.

Die Lohnbewegung erstreckte sich auf 37 Zweigvereine und die dazu gehörigen Orte. (Insgesamt sind 204 Orte den betreffenden Zweigvereinsbezirken resp. Lohnbezirken zugezählt.)

In 14 Zweigvereinen (mit 66 dazu gehörenden Orten) machte Abstand von der Durchführung der Forderungen genommen werden; in Crivitz, Lützow, Waderow, Marow, Wenzlin, Meina und Rellin wegen der vorherrschenden ungünstigen Konjunktur; in Meinfeld, Wismar und Marlow wegen der schlechten Organisation. Für Malchin und Marlow finden wir die Ursachen in dem verlorenen Streik vom vorigen Jahre. In Marlow und Rostock herrschte bis jetzt ein gänzlich an der Laugel und der Quertreiberei der Maldoer Kollegen. In Rostock beschränkte man sich auf die Durchführung der Forderung (48 1/2 Stundenlohn) bei den nicht organisierten Unternehmern. In einem Angriff auf die Innung waren die Kollegen nicht zu bewegen, trotz der außerordentlich günstigen Konjunktur. Als Grund für diese Zurückhaltung wird die vom Hauptvorstand beantragte vorläufige Auspörierung genannt. Durch mündliche Unterhandlungen wurde in acht Zweigvereinen (mit 60 Orten) eine Einigung mit den Unternehmern erzielt. In drei Zweigvereinen (mit 27 Orten) wurden auf schriftlichem Wege Vereinbarungen getroffen. Die Einigung fand in zwei Fällen, Neubrandenburg und Grevesmühlen, noch im letzten Augenblick statt. In Wismar lag der Lohn nach dem besten letzten Kampfe im Jahre 1901 von 33 1/2 bis 10 1/2 Stundenlohn auf und 38 1/2. Die Mitglieder des Zweigvereins Sadow waren zu drei Dritteln an der Lohnbewegung in Kröpelin, der West an dem Streik in Schwaaen beteiligt.

In elf Zweigvereinen (mit 65 Orten) kam es zum Streik resp. Auspörierung. In den vier Städten Sternberg, Brühl, Warin und Neuland wurden unsere Kollegen ausgepörrt. Die Unternehmern verlangten die Anerkennung eines einseitig von ihnen aufgestellten Arbeitsvertrages auf zwei Jahre. Unsere Mitglieder waren hierfür nicht zu haben. Sie wollten nochmals durch den Gesellenauschuss mit der Innung unterhandeln, diese ließ sich hierauf nicht ein, sondern herrte am 19. Januar sämtliche organisierte Maurer aus. Leider fanden sich so viel Ueberläufer aus den Reihen der Auspörrten, daß die Unternehmern die dringlichsten Arbeiten fertig stellen konnten. Ende Juli wurde die Lohnbewegung ziemlich resultatlos beendet. Die Kollegen in Warin und Neuland erreichten eine Lohnüberhöhung von 32 auf 34 1/2 pro Stunde dadurch, daß zwei Unternehmern der Innung den Rücken zeigten. Sämtliche organisierte Maurer sind bei diesen in Arbeit getreten. In Brunsbüttel, Radenburg, Schwartau, Güstrow, Ribitz, Daffow und Schwaaen kam es zu Angriffstreiks, die zu Gunsten der Kollegen verliefen.

In der Lohnbewegung waren insgesamt 2238 Kollegen beteiligt, davon waren 2020 organisiert. Durch Einigung erreichten 1176 Kollegen eine Lohnüberhöhung, davon 100 Kollegen 1 1/2, 769 2 1/2, 128 3 1/2, 65 4 1/2, 53 6 1/2 pro Stunde; durchschnittlich 2 1/2 pro Stunde. Gleichzeitg erreichten 148 Kollegen eine Verringerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. In den Streiks resp. Auspörierungen waren 128 Kollegen beteiligt. Davon erreichten 68 Kollegen eine Lohnherhöhung von 1 1/2, 208 Kollegen eine solche von 2 1/2 und 42 Kollegen eine solche von 3 1/2 pro Stunde. Die Polizei behielt sich den Streikenden gegenüber ziemlich neutral. Nur in Brühl wurde die Genbarmerie zur

Wachung resp. zum Transport der „Arbeitswilligen“ von den Unternehmern in Anspruch genommen.

Der Gauvorstand erledigte seine Geschäfte in 16 Sitzungen. Der Kassenbericht mußte neu befehligt werden, indem der bisherige Kassierer aus einem Antrie auswich. Die Korrespondenz war ziemlich umfangreich. Es gingen ein 299 Briefe, 188 Postkarten, 12 Pakete, diverse Druckfachen und Telegramme. Ausgefertigt wurden 884 Briefe und 142 Postkarten. Weiter wurden 227 Fragebogen versandt, davon gingen 223 wieder ein. Um die Zweigvereine zu veranlassen, auch in diesem Winter die Hausagitation recht eifrig zu betreiben, gelangte ein Zirkular zur Versendung. Goffentlich beherzigen die Mitglieder dieses und sehen alles daran, um die uns noch fernstehenden Kollegen zum Verband heranzuziehen.

Die Kassenverhältnisse werden durch folgende Aufstellung kargelegt:

Einnahme.	
Kassenbestand am 31. Dezember 1902	873,00
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
a) An Beiträgen auf Grund des Statuts	1675,48
b) An Beiträgen	871,10
c) An Beiträgen für Einstellung zurück	783,80
Beiträge der Zweigvereine	865,79
Sonstige Einnahmen	64,95
Summa	4.423,16

Ausgabe.	
Für entgangenen Arbeitlohn	679,29
Dokumente	1187,50
Postgebühren	896,-
Druckkosten	11,85
Papier- und Schreibmaterial	146,09
Sonstiges	149,88
Summa	4.069,84

Abschluss.	
Einnahme	4.423,16
Ausgabe	4.069,84
Kassenbestand	1.153,32

Davon pro Sparkasse delegiert: 1.268,80
 G. Mägkel, Vorsitzender, B. Steffmann, Kassierer,
 B. Herxon, G. K. Heber, Neuland,
 Mag. Dresden.

Das Leipziger (Gaulkonferenz) Am 17. Januar wurde in Leipzig die diesjährige Konferenz abgehalten mit folgender Tagesordnung: 1. Situations- und Kassenbericht des Gauvorstandes. 2. Agitation und Lohnbewegung. 3. Allgemeine Anträge. 4. Neuwahl des Gauvorstandes und der Revisoren.

Der Bericht der Revisoren erstattete der Gauvorstand, Kollege G. Mägkel. Da der Jahresbericht erst in Nr. 5 des „Grundstein“ veröffentlicht werden ist, nehmen wir vor einer Wiederholung Abstand. Die Revisoren zum Kassenbericht wurde noch ausgeführt, daß die Einnahmen und Ausgaben oftmals mangelhaft eingetragen werden. Manche Kollegen meinen, es genügt, wenn sie mit dem Vorstand über die Marken abrechnen. Die Revisoren tragen einen großen Teil Schuld mit daran, sie erfüllen ihre Pflichten nicht, trotzdem im „Grundstein“ regelmäßig daran erinnert wird. Dadurch kam es auch, daß in Crivitz und Crimmitschau die Vertrauensmänner die Verbandsliste übertragen konnten. Wenn auch aus diesen beiden Fällen für die Organisation scheinbar weitere Folgen nicht entstehen, so geht dies doch nicht immer so ab. Es dauert oft jahrelang, ehe derartige Schäden wieder gut gemacht werden.

In der Diskussion bemängelte Seifert & Halle, daß in der Abrechnung für entgangenen Arbeitslohn und für Diäten ziemlich hohe Posten enthalten seien, im Bericht selbst findet man aber nicht, wo denn eigentlich vom Gauvorstand agitiert worden sei. Rechts und links von Leipzig erspürte man wenig vom Gauvorstand. Mit der Verteilung der Berichte sei zu sparlich umgegangen worden, übrigens wäre es besser, die Berichte würden den Delegierten acht Tage vor der Konferenz zugehändigt. Jacob bemerkte hierzu, es sei doch selbstverständlich, daß der Gauvorstand nicht nach Halle fahre, wo in der Organisation genügend gute Kräfte sind. Den gedruckten Bericht eher vorzulegen, war nicht möglich, denn die Abrechnung konnte erst nach Jahresabschluss erfolgen. Die Konferenz mußte aber möglichst zeitig stattfinden, damit über die bevorstehenden Lohnbewegungen rechtzeitig eine Verständigung herbeigeführt werden könne. Hämelsburg, als Vertreter des Verbandsvorstandes, wies darauf hin, daß der Gauvorstand verpflichtet sei, die Berichte im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Wenn dann die Konferenzen stattfinden, soll jeder Delegierte auf Verlangen noch eine Nummer von dem betreffenden „Grundstein“ erhalten. Damit wird einem vielfach ausgesprochenen Wunsch Rechnung getragen. Ein Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, wurde angenommen.

Ueber Agitation und Lohnbewegung referierte gleichfalls Kollege Jacob und führte u. a. aus: Bei dem Einreichen von Forderungen kommt es immer noch vor, daß die Arbeiter den Unternehmern gegenüber gar zu höflich sind. Die im Frühjahr zu erfüllenden Forderungen werden im Herbst schon erledigt; die Unternehmern antworten oft gar nicht darauf oder suchen die Arbeiter hinfuhalten, um dann, wenn ihre Zeit gekommen ist, mit Auspörierungen die Forderungen niederzuschlagen. Man muß sich daran gewöhnen, die Forderungen erst dann einzureichen, wenn die Situationen völlig klar für uns ist. Die Agitation in den kleinen Städten ist vielfach ohne Erfolg, weil die Vertrauensleute mangelhaft werden. Man muß daher versuchen, zunächst in den größeren Städten die Organisation immer mehr auszubauen; ist dies gelungen, dann vertritt sich die Organisation von selbst auf die entfernteren liegenden Orte. Gemisch und Frauen sind zwei Städte, wo mit aller Kraft eingeseht werden muß, denn dort streuen neben den bösewichtigen die Kollegen aus den kleinen Städten zusammen. In diesen beiden Städten ist auch in letzter Zeit nicht ohne Erfolg gearbeitet worden, denn die Mitgliederzahl stieg zu einer noch nie daeignenden Höhe. In der Hauptsache wird es sich darum handeln, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. In den meisten Städten im Erzgebirge wird noch 11 und 11 1/2 Stunden gearbeitet. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse in der Provinz Sachsen. Auch mit dem Daus

Arbeiterstand nicht als schlecht an. Es kommt noch vor, daß Männer und Frauen zu gleicher Zeit einen Arbeit benötigen. Diese Zustände zu beseitigen, müssen sich die Kollegen zur Pflicht machen.

In der Diskussion beteiligten sich die Delegierten aus Merseburg, Jwigau, Taucha, Halle, Plauen, Reichensbach und Schleißh. Den Plauderer Kollegen ist die Agitation nicht leicht genug, es müsse mehr geschieden für die böhmischen Arbeiter. Vom Gauvorstand hätten sie wenig gehört. Der Merseburger Delegierte wies darauf hin, daß die Kollegen aus den Großstädten oftmals die Agitation erschweren. Gallenser Maurer haben Sonntagarbeit gemacht, die die Merseburger Kollegen verweigert haben. Er wünschte, daß die einzelnen Zweigvereine zur besseren Vertretung Konferenzen abhalten. Diese Anregung wurde von anderen Delegierten unterstützt und dahin erweitert, daß der Gauvorstand die Kosten für diese Konferenzen tragen müsse. — Gar nicht zufrieden mit dem Gauvorstand sind nach den Ausführungen ihres Delegierten die Kollegen in Taucha. Der Redner will bei einer Angelegenheit grob behandelt worden sein. Mit den Kollegen Weyer und Vertbold ließ sich schon etwas besser reden als mit Jacob. (Der Vorsitzende der Konferenz: der Kollege Weyer, wies darauf hin, daß dies doch eigentlich Beschwerde für den Vorstand sei.) Dagegen wendete der Delegierte ein, der Vorstand müsse aber auch die Beschwerde besser untersuchen und nicht erst in Leipzig Auskunft holen. Er habe die Wahrheit gesagt und bei der Wahl solle man sich danach richten.

Ein Antrag, wonach der Gauvorstand ein Flugblatt herauszugeben und zur Verbreitung bringen soll, wurde zurückgezogen, weil schon ein Beschluß des Verbandsvorstandes zur Herausgabe des Flugblattes vorliegt. Dagegen wurde ein Antrag, den Gau zu teilen, mit zur Debatte gestellt. — Wömelburg wies darauf hin, daß gar keine Ursache vorhanden sei, den Gau zu teilen. Würde der Sitz eines neu zu gründenden Gaues nach Jwigau kommen, so würden wahrscheinlich die Chemnitzer und Plauenschen Kollegen die größte Unzufriedenheit äußern und sich als „Großstädter“ nichts von den Jwigauern lassen wollen. Er könne überhaupt nicht verstehen, warum ein bezahlter Antrag gestellt werde. Die jetzige Gaueninteilung habe sich gut bewährt. Das beweise doch die Zunahme der Mitglieder um rund 3000. Als die Agitationskommission in Jwigau noch bestand, wurden enorme Summen ausgegeben. Der Erfolg war aber nicht entsprechend. Die Agitation in Böhmen müsse vom Gauvorstand betrieben werden, der sich zu diesem Zweck selbst dorthin begeben und geeignete Kollegen mitnehmen solle. Die Konferenzen einzelner Bezirke hält Redner für selbstverständlich, jedoch die Kollegen müßten die Vereine selbst tragen. — Zu der Taucher Beschwerde sagte Wömelburg: Wenn dem Vorstand eine Beschwerde zugeht, so gilt immer der Grundsatz: Eines Mannes Rede ist seine Tüte. Das werde immer so bleiben müssen.

Da Wortmeldungen weiterer nicht mehr vorliegen, nahm der Gauvorstand das Wort, um die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen: Die Kollegen verlangen von den Unternehmern anständige Behandlung, weiter verlange er auch nichts.

Hierauf wurde über den Antrag, den Gau zu teilen, abgestimmt. Der Antrag wurde abgelehnt. Das von Wömelburg vorgelegene Gauenregulativ wurde durchberaten und ohne Änderung angenommen. Gemäßt wurden: als Vorsitzender Jacob, als Kassierer Vertbold, als Weißer Weyer-Kreipzig und Seifritz-Halle und als Revolver Weyer und Claus-Leipzig und Weyer-Worlandt.

Zum Schluß wies der Vorsitzende, Kollege Weyer, darauf hin, daß manches hübsche Wort gefallen sei. Das müsse nun vergehen sein, denn es gilt von neuem und mit bereinigten Kräften wieder an die Arbeit heranzugehen.

Berlin. Die Gruppe der Zementierer des Zweigvereins hielt am 17. Januar ihre Mitgliederversammlung ab. Als Vorsitzender dieser Gruppe wurde Paul Hühne und als Kassierer Gustav Ehrlich gewählt. In der Geschäftsfrage trat die Versammlung debattellend dem Beschluß der Sektionsversammlung bei. Auf den Bericht, der Maßigbauer, „Grundstein“ Nr. 3, den in scharfer, beinahe beleidigendem Ton abgefaßt ist, wurde nicht reagiert, und zwar im Interesse der Organisation. Die Gruppe kann keine Mißstände, die sich betreffs des Arbeitsnachweises eingestellt haben. In einigen Sachen, Mäßregulierung z., führte sich die Gruppe vorläufig nicht kompetent und wurden diese Fälle auf den Konventionweg verwiesen. In „Verständenes“ wurde von der Sektionsleitung das Arbeitsverhältnis und die Handhabung der Arbeit bei der Firma Düfing zur Sprache gebracht. Aus eigener Initiative kam von den dort Beschäftigten in der Versammlung anwesenden Arbeitern der Antrag: Wir Düfingischen Arbeiter schließen uns g. n. z. vollständig der Gruppe der Zementierer an, da unsere Interessen dort am besten vertreten werden. Die Versammlung nahm Kenntnis davon, daß von sämtlichen Firmen, die den Tarif unterschrieben haben, nur eine Firma den erhöhten Stundenlohn von 47 1/2 % für Hilfskräfte nicht gezahlt hatte. Es wurde jedoch in diesem Falle der Votier als der Schuldige erklärt.

Bruchmühle. Am 17. Januar fand unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung statt, richtiger muß es heißen: sollte stattfinden, denn es ist wohl kaum noch eine Versammlung des Zweigvereins zu nennen, wenn von 80 Mitgliedern nur sechs es der Mühe wert halten, dem Versammlungsbuch eine Seite zu gönnen, selbst der Kassierer hatte es für angemessen erachtet, durch Abwesenheit zu glänzen. Wenn das so weiter geht, werden wir bald wieder dahin kommen, wo wir vor vier Jahren gestanden haben. Die Wahl eines Delegierten zu der am 6. März stattfindenden Landeskonferenz mußte wegen des schwachen Besuchs ausfallen, sie muß aber am Freitag noch den 15. Februar richtig werden, weshalb die Kollegen ersucht werden, zahlreicher als bisher in der Versammlung zu erscheinen.

Döhrheim. Sonntag, den 17. Januar, fand unsere Jahresversammlung im Gasthaus „Zur Krone“ statt, die sehr schön abgelaufen war. Die Abrechnung für 1903 hatte folgendes Ergebnis: Die Einnahme beträgt vom 1. März bis 30. November M. 4172,15; an die Hauptkasse abgeandt wurden M. 3708,47. Die Einnahme für die Lokalfasse beträgt M. 483,08, die Ausgabe M. 414,60, mithin bleibt in der Lokalfasse M. 49,08. Das Gesamtergebnis der Lokalfasse beträgt M. 244,54. Die Revolver erklärten die Abrechnung für richtig worauf dem Kassierer Deharge Bescheid wurde. Hierauf wurde die Vorstandswahl vollzogen.

Zu bemerken ist noch, daß unser Vereins- und Verkehrslokal im Gasthaus „Zur Krone“ ist. Die Kollegen werden ersucht, mehr als bisher bei unserem neuen Vereinslokal zu verkehren, da wir uns in unserem Lokal über die wirtschaftliche und politische Lage frei und ungehindert aussprechen können, was uns früher nicht gestattet wurde.

Emshorn. Am 24. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die sich eines recht guten Besuchs erfreute. Zunächst wurde der Kassierbericht entgegengenommen. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Es stellte sich dabei heraus, daß an die Hauptkasse M. 20 mehr eingekandt sind, als für sie veranschlagt wurden. Die Abrechnung für die Lokalfasse wies ein Defizit auf von M. 808,04, das von dem Reservofonds gedeckt worden ist. Aus dem Jahresbericht, der von dem Vorsitzenden erstattet wurde, ist hervorzuheben, daß zwölf Mitgliederversammlungen stattgefunden haben, deren Besuch viel zu wünschen übrig lieg. Vorstandssitzungen haben 17 stattgefunden und gemeinsame Versammlungen mit den Zimmerern fünf, in denen die Lohnfrage erledigt wurde. Ferner wurden verschiedene Agitationsveranstaltungen in den umliegenden Orten abgehalten. Hierauf wurden die Neuwahlen der Verwaltungsbearbeiter vorgenommen. In „Verständenes“ wurde beschlossen, am 7. Februar in Form einer Versammlung abzuhalten. Eine rege Verteilung der Emshorner Mitglieder hieran ist wünschenswert. Weiter wurde beschlossen, in den nächsten Mitgliederversammlungen Vorträge über die marxistischen Theorien halten zu lassen.

Friedrichsbad. Am 17. Januar fand hier eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, zu der auch die Maurer, dank der rastlosen Hausagitation, die hier auf Veranlassung des Gauvorstandes in Samburg von zwei Summner Kollegen ausgeführt worden war, recht gut besucht war. Der Arbeiterstreik, Genosse Müller aus Altona, war als Referent anwesend. Er legte in seinem einleitendhändigen Vortrage den Verammelten in leidenschaftlicher Weise die Vorträge, die eine gewerkschaftliche Organisation auf wirtschaftlichem Gebiete zu erringen vermag, klar, wobei er die Arbeiter zum Eintritt in ihre Organisation aufforderte. Von den Maurern schlossen sich sofort 14 Mann dem Verbande an, die sodann beschlossen, eine Zahlstelle vom Zweigverein Gulm zu bilden. In der ersten Mitgliederversammlung, die am 24. Januar unter dem Vorsitz des Kollegen Hoffmann aus Gulm stattfand, wurden zunächst drei Mitglieder neu aufgenommen, dann wurde die örtliche Verwaltung gewählt, und hierauf beschlossen, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen jeden Sonntag im Monat abzuhalten.

Graubenz. Mittwoch, den 20. Januar, wurde im Gewerbehause eine gut besuchte Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst wurde die Quartalsabrechnung verlesen und der Kassierer entlastet. Der Vorsitzende, Kollege Lenz, sprach über die Tätigkeit der Organisation im verflochtenen Jahre. Redner schilderte die Entscheidung des Verbandes in Graubenz im Jahre 1900, wie blickend der Verein anfangs bestand. Aber es sollte nicht lange dauern, denn so schnell der Verein wuchs, so schnell ging er auch wieder zurück. Einzelne Kollegen, die freigelegt, falsch und dumme waren, brachten es fertig, den Verein von 300 Mitgliedern bis zum Herbst 1902 bis auf 49 Mitglieder auseinanderzureißen. Dies kleine Häuflein aber sah es ein, daß es nicht mehr so weiter sollte. Es wurde eine scharfe Agitation betrieben, die die Folge hatte, daß der Verein im Frühjahr 1903 so kräftig daland, um den Unternehmern mit einer Forderung entgegenzutreten zu können. Es ist dann gelungen, durch die Festigkeit der Kollegen, unsere Forderung nach dreiwöchigem Kampfe durchzuführen. Die Unternehmer glaubten es mit einer unsicheren Körperhaftigkeit zu tun zu haben. Es kam aber anders. Einige Unternehmer glauben, es im Winter so machen zu können wie zuvor, den Maurern 15, 18, 20 und 25 % in die Hand stecken zu dürfen. Dadurch wurden wir gezwungen, die Arbeit bei den betreffenden wieder einzustellen. Nach kurzer Zeit war der Sieg unser. Leider aber mußte der Redner konstatieren, daß sich bei den städtischen Arbeiten Streikbrecher aus unserer Mitte gefunden haben; es sind aber nicht die besten unter den Maurern von Graubenz und Umgegend. Der Führer dieser „Sekte“, die aus sieben Mann besteht, P. Kaufmann, hat es fertig gebracht, einen tüchtigen Kollegen mit einem Revolver durch den Hals zu schießen, so daß der Kollege beinahe verblutete. Nach längerem Krankenlager ist er aber doch aus dem Krankenhaus gesund entlassen worden. Nach diesem Mißstand fordert der Redner die Kollegen mit markigen Worten auf, aus 1904 fest zur Organisation zu halten. — Es fehlte ja noch vieles und alles können wir nur durch eine geschlossene Macht erreichen. Wir sind die größte organisierte Gewerkschaft am Orte. Aber, Kollegen, je mehr Arbeit, je mehr Ehre, je mehr Kampf, je mehr Sieg. Denn der Dichter sagt: Nicht betteln, nicht bluten; nur vorwärts schreiten. Wie kämpft es sich jedoch für Freiheit und Recht. — Im Anschluß hieran sprach Kollege Schwarz über die miserablen Zustände, die in den letzten Jahren nach in Graubenz waren, aber durch den Streik doch etwas gebessert worden sind. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Kollege Lenz wollte kein Amt aus familiären Gründen niederlegen, aber der allgemeine Wunsch der Kollegen war, da Lenz sein Amt so gut versehen hat, er möchte bleiben. Es wurde ihm eine Entschädigung von M. 40 jährlich zugestanden, ebenso dem Kassierer, Kollegen Genz, eine solche von M. 25. Dann wurde der alte Vorstand in ganzen wiedergewählt. Im Punkt „Verständenes“ wurden u. a. die Krankenfallsverhältnisse besprochen. Die Kollegen sind der Meinung, vom 1. März an der Freien Hilfskasse beizutreten. Nach einem kräftigen Hoch auf das Gedächtnis unseres Verbandes wurde die Versammlung geschlossen. N. B. Der Kollege Watowski, der den Vorstand beim letzten Sommervergügen beliebt, nimmt dies hiermit zurück.

Gannover. Am 19. Januar wurde im „Wall, 7“ die Generalversammlung des Zweigvereins abgehalten. Bei Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Urban Willstedt in der höchsten Weise beklagt. Ferner erwiderte der Vorsitzende die Begrüßung der Maurer der Kollegen ihres Bezirks zu notieren, die bereit sind, bei der vom Kartell arrangierten Arbeitslohnzahlung beifällig zu sein. Zum Punkt 1 der Tagesordnung verlas der Kassierer Dehmer folgende Abrechnung: Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse beträgt M. 9625,01. Die Einnahme der Lokalfasse beläuft sich auf M. 6476,91, die Ausgabe auf M. 5573,21, so daß ein Kassierbestand von M. 2902,70 verbleibt. Nachdem Revolver Wömelke belunden, daß Müller, Marken und Geld sich in bester Ordnung befinden haben, wurde dem Kassierer Deharge erteilt. Aus

dem Bericht des Vorsitzenden ist hervorzuheben, daß sich im letzten Quartal unsere Mitgliederzahl auf 1762 belief. Die Bücher der Bibliothek sind 237 mal gemietet worden, die stetige Benutzung der Bibliothek ist sehr zu empfehlen. Die Unternehmer machen riesige Melasse für ihre Organisations. Die Frage des Arbeitsnachweises spielt in den Köpfen der Unternehmer eine große Rolle. Die „Christlichen“ sind unermüdlich bestrebt, ihre Organisation auszubreiten. Wenn diese Organisation nicht gemein wäre, so hätte unsere Ausbreitung einen anderen Ausgang genommen. Die „Christlichen“ wollen hier jetzt 2 Verionen (einen Maurer und einen Fabrikarbeiter) anstellen. Nach Erledigung des Berichtes wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Zu Punkt 3 brachte Lichte einen Antrag auf Gründung einer Sektion der Fugler ein und begründete denselben. Der vorgelegten Zeit halber wurde dieser Punkt als erster auf die nächste Versammlung vertagt.

Milchhausen i. Cst. Sonntag, den 17. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Aus dem Jahresbericht, den der zweite Vorsitzende, Kollege Götze, verlas, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre um 72 gestiegen ist, sie beträgt zur Zeit 85, wovon jedoch leider noch einige mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Die Abrechnung für das 4. Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von M. 118,15, davon wurden abgezahlt M. 92,27. In der Lokalfasse blieb ein Bestand von M. 98,80. Kollege Götze ermahnte die Kollegen, ihr Interesse für den Verband dadurch zu bezeugen, daß sie die Versammlungen pünktlich besuch und regelmäßig besuchen und immer, wo es auch sei, für den Verband agitieren. Hervorzuheben ist ferner noch, daß der Gemeinderat auf Antrag der hiesigen organisierten Handwerker beschlossen hat, die Unternehmer bei Uebernahme häuslicher Arbeiten zu verpflichten, einen bestimmten Lohnsatz zu zahlen; wodurch eine tiefe Lohnverbesserung erreicht worden ist.

Plauen i. V. Am 20. Januar fand im Gewerkehause eine Versammlung der Einzelmitglieder statt, die sehr gut besucht war. Kollege Schmidt erstattete Bericht über die Landeskonferenz, woraus zu entnehmen war, daß es im Gau Leipzig auch mit der Organisation besser geworden ist. Betreffs Teilung des Gaues erklärte man sich mit dem Beschluß der Konferenz einverstanden. Sodann gab der Vertrauensmann einen Ueberblick über die Kassierverhältnisse. Es war daraus zu entnehmen, daß auch hier eine Verringerung der Finanzen bei steter Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen ist. Sodann gab Kollege Förster den Jahresbericht. Nach demselben fanden 18 Versammlungen, außer den Streikveranstaltungen, statt. In allen Einzelheiten gedachte er des Streiks, der Stellung der Presse hierzu und der Gefängnisstrafen. Es wurden bis jetzt insgesamt 2000 Geldstrafen, 3 Jahre, 2 Monate, 43 Wochen und 22 Tage Gefängnis bezw. Haft verhängt, es sind dies aber noch nicht alle Fälle. Auch nach dem Streik hat es an Differenzen mit den Unternehmern nicht gefehlt. Es entstanden solche wegen Lohnreduktion und wegen Einhaltung der einstündigen Mittagspause. Unfälle sind 21 zu verzeichnen, davon 6 mit tödlichem Ausgang. Mehrere Flugblätter in deutscher sowie in sächsischer Sprache wurden herausgegeben und mehrere Statistiken aufgenommen. Es wurde beschlossen, den Jahresbericht drucken zu lassen. Kollege Schwirch wurde auch für dieses Jahr als Vertrauensmann vorgeschlagen. Wegen der vorgeordneten Zeit wurde die Versammlung vertagt und soll der Punkt Alfordarbeit in der nächsten Versammlung ausführlich behandelt werden, da die Alfordarbeit hier größere Dimensionen anzunehmen droht. Die Kollegen wollen wir an dieser Stelle schon zu zahlreichem Besuch auffordern, besonders die Dresdener, welche ja die Erlaubnis zum Alfordarbeiten in der Tasche haben wollen. Den zureichenden Kollegen machen wir zur Pflicht, sich vor Aufnahme der Arbeit beim Vertrauensmann zu melden. Derlei ist von Vormittags 9 bis 1 Uhr, Nachmittags von 3 bis 7 Uhr im Gewerkehause zu treffen.

Schulante. Am 10. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine erste diesjährige Mitgliederversammlung ab. Von den 42 Mitgliedern, die dem Zweigverein angehören, waren 25 erschienen. Es ist dies, wenn man die hier im Winter herrschende totale Arbeitslosigkeit in Betracht zieht, ein gutes Zeichen dafür, daß es auch in den Köpfen der hiesigen Maurer allmählich zu dümmern beginnt. Beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Abrechnung“, gewann man vollständig die Ueberzeugung, daß man bei der Wahl des Kassierers einen guten Griff getan und einen Kollegen mit diesem verantwortlichen Amt betraut hatte, denn das Gedächtnis des Zweigvereins am Herzen liegt. Es wurde festgestellt, daß die Quartalsabrechnung und auch die vom Vergnügen vollständig in Ordnung waren. Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Kollege Gensche gewählt, der verpachtet, die Stärkung und Ausbreitung des Zweigvereins nach Kräften fördern zu wollen. Es wurde dann noch ein dritter Revolver gewählt; im übrigen trat aber eine Veränderung im Vorstand nicht ein. Unter „Verständenes“ wurde beschlossen, am 23. Januar ein Tanzfränzchen abzuhalten. Ferner wurde eine aus vier Kollegen bestehende Lohnkommission gewählt, die den Auftrag erhielt, die nur zu gerechte Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung des Stundenlohnes den Unternehmern zu unterbreiten. Dann wurde für einen erkrankten Kollegen eine Sammlung veranstaltet, die zwar keinen sehr bedeutenden Betrag ergab, aber doch als Beweis für das erkrankende Solidaritätsgefühl unter den hiesigen Maurern anzusehen ist. Von der Versammlung wurde es sehr beklagt, daß von den im Ort wohnenden Kollegen nur so wenige erschienen waren; es waren ihrer nur vier, während das Landgebiet 19 Versammlungsteilnehmer gestellt hatte. Wenn man bedenkt, daß die Landkollegen teilweise einen Weg von zwei Stunden zurücklegen haben, um zu der Versammlung zu kommen, während die am Ort wohnenden Kollegen teilweise nur 20 Schritt von dem Versammlungsort entfernt wohnen, so kann die Nachlässigkeit dieser Kollegen nicht scharf genug gerügt werden. Gar oft, wenn man die Kollegen ermahnt, den alten Schlandrian folgen zu lassen und mit etwas mehr Energie für die Vereinsinteressen einzutreten, bekommt man wohl die Antwort: „Es nützt doch nichts.“ Ja, Kollegen, wenn man nicht in die Versammlungen geht, sondern es vorzieht, zu Hause zu bleiben und gar, was das Unerwünschte wäre, das hiesige Energie, was noch vorhanden ist, in der Puffelkassette zu ertrinken, dann kann allerdings eine Verbesserung unserer Lage, deren wir doch so dringend bedürftig sind, nicht herbei-

geführt werden. Als ein Kollege, der in Berlin arbeitet und seit sechs Jahren der Organisation angehört, die Berliner Lohnverbände schiederte, da ist wohl in der Brust eines jeden Kollegen der Wunsch aufgestiegen, es möchte auch hier gelingen, eine ähnliche Lohnverbesserung herbeizuführen. Ja, Kollegen, den Berliner Mauern ist der jetzige Lohn auch nicht von den Unternehmern aufgedrängt worden, sondern es haben schwere Kämpfe darum geführt und große Opfer von den Kollegen gebracht werden müssen. Und wenn wir entschlossen sind, das Gleiche zu tun, wenn alle mithelfen wollen, dann wird es leicht sein, uns unser Los anders, besser zu gestalten. Aber zu jeder Zeit frei und seit zur Organisation zu stehen, muß die Parole sein, nie dürfen wir erlahmen in der Agitation für sie und nie lau sein zeigen in dem Wunsch der Versammlungen. Der Versammlungsbuch ist der Gradmesser, an dem wir selbst, aber auch das Unternehmertum, zu jeder Zeit unsere Stärke, aber auch unsere Schwäche erkennen können. Sorgen wir dafür, daß der Zeiger stets nach oben gerichtet bleibt, es ist dies in unserem eigenen Interesse notwendig.

Wurgen. Am 16. Januar wurde in Wurgen eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung abgehalten. Kollege Hofmann erläuterte zunächst Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern, woraus hervorzuhelien ist, daß die Unternehmers die 9-stündige Arbeitszeit und 44 1/2 Stundenlohn bewilligt haben. Hieran schloß sich ein längerer Vortrag des Kollegen Jacob-Weiß über Verärztung der Arbeitszeit. Am Ende seiner Ausführungen trat der Redner für das Angebot der Unternehmers ein. Es sei ein großer Erfolg anzusehen, daß die Unternehmers ohne Kampf die Verärztung der Arbeitszeit zugestimmt haben. Nach kurzer Debatte wird auch der Vertrag, den die Lohnkommission mit den Unternehmern abgeschlossen hat, angenommen. Unter „Allgemeines“ regte Kollege Hofmann an, daß nur auch notwendig ein Lohngebiet festzusetzen sei. Dieser Punkt wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nachdem noch einige innere Verwaltungsangelegenheiten erledigt worden, fand die Versammlung ihr Ende.

Zielenzig. Der Stand der Organisation in den Bezirken Sternberg und Drossen. Auf Anregung des Bauvorstandes wurde von Zielenzig aus Hausagitation betrieben. In Sternberg besteht jetzt kein Zweigverein, aus dem Bezirk gehören 17 Orte mit zusammen 78 Mauern, davon sind 6 organisiert. Es läßt sich hier auch schwer etwas ausrichten. Die Maurer auf den Dörfern haben meist ihr Eigentum und können fast von ihrer Wirtschaft leben. Solange wir nicht einen geeigneten Kollegen in der Stadt selbst haben, solange werden wir nicht viel erreichen können. — In Drossen besteht ebenfalls kein selbständiger Zweigverein, er hat sich 1902 aufgelöst. Wir werden jedoch versuchen, denselben im Frühjahr wieder auf die Beine zu bringen. Zu diesem Bezirk gehören 13 Orte mit zusammen 35 Mauern. Die Kollegen in Drossen könnten allerdings besser in der Organisation dastehen, wenn sie nur ein bißchen Interesse für die Sache hätten. Trotzdem kann uns dies alles nicht abhalten, um den Gehel an der richtigen Stelle mit der Hausagitation anzugehen.

Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einheit) Zur Beachtung!

Das rezidierte Statut, gültig vom 1. Januar d. J., ist an die örtlichen Verwaltungen versandt worden. Die Verwaltungsbeamten werden ersucht, jedem Mitglied ein Exemplar auszubehändigen. Zur Kontrolle, daß dieses geschieht, diene ein Stempel auf der ersten Seite links im Mitgliedsbuch. Sollte in einer Verwaltungsstelle die Sendung nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir, uns sofort zu benachrichtigen.

Der Vorstand.
S. A.: Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.
In der Woche vom 24. bis 30. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Heizen A. 100, Erker 100, Weglar 40, Faustbach 25. Summa A. 265.
Zuschüsse erhielten: Berlin A. 3000, München 500, Mannheim 500, Mittel-Rheinland 350, Stuttgart 400, Spandau 300, Erfurt 300, Lübeck 300, Bremen 300, Dresden 200, Halle a. d. Saale 200, Friedberg 200, Jordan-Paradies 200, Dranienburg 200, Hannover 150, Döberan 150, Gagen 150, Neu-Munster 100, Mühlh. i. L. 100, Riepe a. d. B. 100, Reich 100, Hainstadt 100, Leipzig-Reuditz 100, Ebersburg 100, Parkhausen 100, Scharstein 50, Planen I. Vogtl. 50, Sebba 50, Werneis 50, Amshadt 50, Meierisch 50, Ebergöben 48. Summa A. 8548.
Zitona, den 30. Januar 1904.
Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterfluß, Submissionen etc.
Stöttingen. (Verächtigung.) Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes werden wir ersucht, folgende Verächtigung aufzunehmen: Es ist unwichtig, daß 1. daß nach dem Abdruck die Nachbarhäuser einzufügen drohten; 2. daß bei der Ausdehnung zum Neubau kein fester Grund zu finden war und daß schon über 3 Meter ausgegraben war; 3. daß der Voller und die Maurer gesagt haben, die Häuser müßten abgeleitet werden und daß ich erwidert habe: „Es wird nicht abgeleitet.“ Ludwig Fink, Maurermeister.

*** Straßzweck Ausföhrung von Bauarbeiten.** Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes werden wir ersucht, nachstehende Verächtigung aufzunehmen:
1. Das Mischungsverhältnis des bei der Herstellung der Massivdecken im Korpsbefestigungsbau in Wahrenfeld verwendeten Betons ist nicht 1:20, sondern das für Monierdecken übliche 1:5. Der über den Monierdecken liegende Füllbeton wurde im Mischungsverhältnis 1:10 ausgeführt.
2. Die Eisenlagen waren nicht nur pro forma angeordnet, sondern die Eisenstäbe waren in eigenem Abstand (circa 10 cm) von einander durchlaufend in der Decke angelegt; dieselben können also voll auf Zug beansprucht werden.
3. Es sind nicht 15 Rippen eingeföhrt, sondern infolge ungeschickten Ausschaltens ist in einer Ecke ein 1,7 qm großes Deckenstück beschädigt worden. Ans Inverantwortlichkeit betrat der Polizei, trotzdem er davon wußte, die beschädigte Stelle und

brach dann mit diesem 1,7 qm großem Stück Decke durch, wobei er sich eine leichte Verletzung zuzog. Zur Sicherheit wurde dann von uns das ganze Deckenstück herausgehoben, keineswegs ist dasselbe aber selbst nachgeföhrt. Bei Beginn der Ausführungen waren allerdings schon einmal drei kleine Rippen von uns selbst herausgehoben worden, welche bei Versuchen als Probebeobachtungen über die Erhaltungsdauer verschiedener Bauteile gedient hatten. Dies geschah ebenfalls lediglich der Sicherheit halber durch uns selbst, auch diese Rippen sind keineswegs eingeföhrt.

6. Sämtliche Ausführungen fanden unter störföhrender Beaufsichtigung des staatlichen Bauamtes statt, der jede unvorschriftsmäßige Ausführungsweise sofort unterlag hätte.

Hochachtungsvoll
Mays & Freitag A. G., Berlin.
S. Vollm.: Mays.

Wir überlassen es unserem Bewußtstamme, sich hierzu zu äußern. Etwas „spanisch“ ist uns das Mischungsverhältnis von 1:20 ja auch vorgekommen. Aber einige Arbeiter haben diese Behauptung mit großer Sicherheit aufgestellt.
*** Wegen Nichtachtung der Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter in Coburg** der Architekt Berger vom Schöffengericht zu A. 85 oder sieben Tagen Haft verurteilt.
*** Gerichtsurteil vor Gericht.** Am 22. Juli führte in M u p a r. b. Würzburg an dem Neubau des Dr. med. Mayer ein Gerüst ein, wodurch fünf Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. Einer der Verunglückten ist später gestorben, doch soll die Todesursache nicht im direkten Zusammenhang mit dem Unfall geklärt haben. Der Einjurist wird auf die ungenügende Standfestigkeit des Gerüsts und auf die mangelhafte Verbindung desselben mit der Mauer zurückgeföhrt. Als dann die Arbeiter an dem Unglücksmorgen ein ziemlich schweres Werkstück einbringen wollten, gab das Gerüst nach und stürzte zusammen. Verantworfliche Leiter des Baues waren Maurermeister August Nied und Bolter Thomas Wähler. Beide wurden unter Anklage gestellt. In der Gerichtsverhandlung wollten die Angeklagten, die ja die Tatsache nicht in Abrede stellen konnten, die Fahrlässigkeit bestreiten. Das Gericht hielt jedoch beide für schuldig und verurteilte die „Meister“ zu einer Geldstrafe von A. 50 ebent. fünf Tagen Gefängnis und den Bolter, dem das größere Verbrechen beigemessen wurde, zu A. 100 ebent. zehn Tagen Gefängnis. — Da sagt noch einer, daß die Gerichte nicht milde sein können.

Polizei und Gerichte.

*** Der Bedrohung von „Arbeitswilligen“** soll sich der Maurer B r a d e w i t z in W i e l schuldig gemacht haben. Er war deshalb des wiederholten Verjüchs der Mäßigung nach § 240 und § 242 des Strafgesetzbuches vor der Strafkammer in Kiel angeklagt. Wie einem in Weilingdorf belegenden Neubau des Maurermeisters W u n t hatten die dort beschäftigten Maurer Ende Mai vorigen Jahres wiederholt über die mangelhafte Gerüstanlage Beschwerde geföhrt. Da jedoch keine Verenderung eintrat, beantragten die Leute ihren Baulegeierten, den Maurer Marjow beim Meister Blunt in dieser Hinsicht vorstellig zu werden. Die Folge war, daß Blunt den Delegierten am 1. Juni ohne jeden ersichtlichen Grund aus der Arbeit entließ. Die übrigen Maurer suchten den Meister zu bewegen, die un begründete Maßregel wieder zurückzunehmen. Sämtliche Vorstellungen waren jedoch ohne Erfolg. Die Maurer-betrachteten darauf die Entlassung als eine Maßregelung ihres Kameraden und verließen sämtlich die Baustelle. Einige Tage später fanden die beiden Maurer Treede und Draß sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Hierüber war Bradewitz natürlich aufs höchste entrüstet und stellte beiden Willrinnigen das Unrecht ihrer Handlungsweise vor. Hierbei soll er Drohungen ausgesprochen haben. Von Blunt erfolgte dann die Anzeige bei der Wehrde. Dem Maurer Treede hat der Angeklagte, wie er selbst zugibt, am Schluß einer Unterhaltung gesagt, wenn er nicht aufhöre, wolle er ihn behauen. Einige Tage später hat er den Treede abermals angetroffen und ihm gegenüber geäußert, er meine es nicht so. Dem Draß gegenüber hat Bradewitz erklärt, er würde mit ihm abrednen. Treede gibt als Zeuge an, daß er sich bei der Abrednung nicht das geringste gebadet und sich keineswegs bedroht geföhlt habe. Der in seiner Heimat kommunistisch vernommene Maurer Draß bestatigt dagegen die Angabe der Anklage. Eine höchst sonderbare Rolle spielt in der Verhandlung der Maurermeister Blunt. Auf die Frage, warum er den Baulegeierten entlassen, erklärt Blunt, der Mann habe ihm nicht mehr gepakt. Auf die weitere Frage, ob man ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß das Gerüst so schlecht war, erklärt der Zeuge, das wisse er nicht. Da nur der Fall Draß in Betracht kommen und die Sache außerordentlich milde liege, beantragt der Staatsanwalt eine Geldbuße von A. 10. Der Verteidiger beantragt Freisprechung. Die Sache liege derartig harmlos, daß ein Grund zur Bestrafung nicht vorhanden sei. Das Urteil lautet jedoch auf eine Geldbuße von A. 80, ebentuell 6 Tage Gefängnis. Niemand, der die Weglosigkeit der Arbeiter kenne, so heißt es in der Begründung, könne darüber im Zweifel sein, daß Bradewitz die betreffenden Reugen durch Drohungen habe zur Niederlegung der Arbeit zwingen wollen. Der Terrorismus, den die Arbeiter sich über solche Kameraden anmaßen, die anders denken wie sie, müsse gebrochen werden. Es sei deshalb an und für sich in solchem Falle immer auf Gefängnis zu erkennen. Da das Vergehen des Angeklagten kein direkt gefährliches gewesen, sei auf die erwähnte Geldbuße erkannt worden.

Polizei und Gerichte.
*** Der Bedrohung von „Arbeitswilligen“** soll sich der Maurer B r a d e w i t z in W i e l schuldig gemacht haben. Er war deshalb des wiederholten Verjüchs der Mäßigung nach § 240 und § 242 des Strafgesetzbuches vor der Strafkammer in Kiel angeklagt. Wie einem in Weilingdorf belegenden Neubau des Maurermeisters W u n t hatten die dort beschäftigten Maurer Ende Mai vorigen Jahres wiederholt über die mangelhafte Gerüstanlage Beschwerde geföhrt. Da jedoch keine Verenderung eintrat, beantragten die Leute ihren Baulegeierten, den Maurer Marjow beim Meister Blunt in dieser Hinsicht vorstellig zu werden. Die Folge war, daß Blunt den Delegierten am 1. Juni ohne jeden ersichtlichen Grund aus der Arbeit entließ. Die übrigen Maurer suchten den Meister zu bewegen, die un begründete Maßregel wieder zurückzunehmen. Sämtliche Vorstellungen waren jedoch ohne Erfolg. Die Maurer-betrachteten darauf die Entlassung als eine Maßregelung ihres Kameraden und verließen sämtlich die Baustelle. Einige Tage später fanden die beiden Maurer Treede und Draß sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Hierüber war Bradewitz natürlich aufs höchste entrüstet und stellte beiden Willrinnigen das Unrecht ihrer Handlungsweise vor. Hierbei soll er Drohungen ausgesprochen haben. Von Blunt erfolgte dann die Anzeige bei der Wehrde. Dem Maurer Treede hat der Angeklagte, wie er selbst zugibt, am Schluß einer Unterhaltung gesagt, wenn er nicht aufhöre, wolle er ihn behauen. Einige Tage später hat er den Treede abermals angetroffen und ihm gegenüber geäußert, er meine es nicht so. Dem Draß gegenüber hat Bradewitz erklärt, er würde mit ihm abrednen. Treede gibt als Zeuge an, daß er sich bei der Abrednung nicht das geringste gebadet und sich keineswegs bedroht geföhlt habe. Der in seiner Heimat kommunistisch vernommene Maurer Draß bestatigt dagegen die Angabe der Anklage. Eine höchst sonderbare Rolle spielt in der Verhandlung der Maurermeister Blunt. Auf die Frage, warum er den Baulegeierten entlassen, erklärt Blunt, der Mann habe ihm nicht mehr gepakt. Auf die weitere Frage, ob man ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß das Gerüst so schlecht war, erklärt der Zeuge, das wisse er nicht. Da nur der Fall Draß in Betracht kommen und die Sache außerordentlich milde liege, beantragt der Staatsanwalt eine Geldbuße von A. 10. Der Verteidiger beantragt Freisprechung. Die Sache liege derartig harmlos, daß ein Grund zur Bestrafung nicht vorhanden sei. Das Urteil lautet jedoch auf eine Geldbuße von A. 80, ebentuell 6 Tage Gefängnis. Niemand, der die Weglosigkeit der Arbeiter kenne, so heißt es in der Begründung, könne darüber im Zweifel sein, daß Bradewitz die betreffenden Reugen durch Drohungen habe zur Niederlegung der Arbeit zwingen wollen. Der Terrorismus, den die Arbeiter sich über solche Kameraden anmaßen, die anders denken wie sie, müsse gebrochen werden. Es sei deshalb an und für sich in solchem Falle immer auf Gefängnis zu erkennen. Da das Vergehen des Angeklagten kein direkt gefährliches gewesen, sei auf die erwähnte Geldbuße erkannt worden.

Verschiedenes.

*** Das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichsdeputation** ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Lindenstraße 69, im A u e n d r u c k hergestellt. Das Bild ist auch diesmal auf gutem Kunstdruckkarton, nach der neuesten Aufnahme in vorzüglichem Druck hergestellt. An Stelle Göhrers und des verstorbenen Genossen Hofmann sind die in den Nachwahlen gewählten Genossen A. Hoffmann und D. Stülken aufgenommen. Die Kartogröße des Bildes ist 67x77 cm und ist ein prächtiger Zimmerschmuck für jedes Arbeiterheim, Arbeitervereinslokal usw. Der Einzelpreis ist 60 A, Porto 30 A. Das Fratzenbild ist in

allen Parteibuchhandlungen zu haben und wird von jedem Beitrittsaussträger besorgt.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgarter, Dietz Verlag), Heft 18 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Immanuel Kant. — Unbewusste Revolution? Von Michael Busina. — Der Kampf um den Festlandbentag in Grimmschank. Von G. Geier. — Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. Von Gustav Schlein. (Fortsetzung.) — Die Seimarbeit im Textilgewerbe. Von A. Dautert.

„In Freien Stunden“. Illustrierte Wochenchrift für das arbeitende Volk. Heft 6 bringt die Fortsetzung des Romans „Die Frühlirten des Wiffisippi“ von Friedrich Herkader und der spannenden Erzählung „Gabriel Lambert, der Galereen-Sklave“, von Alexander Dumas. Als kleine Erzählung enthält dieses Heft „Der turrierte Abt“, eine lustige Geschichte. Verstellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen, Parteilokalportiere und die Postanstalten entgegen. Die Heft erscheinen wöchentlich je 24 Seiten stark zu 10 A.

Briefkasten.

* Mehrere Berichte mußten wegen Stoffmangels zurückgestellt werden und einige andere Berichte, die kaum weiteres belagen, als daß die Versammlung abgehalten und der Vorstand gewählt worden ist, können wir bei dem großen Umfang der Berichterstattung überhaupt nicht abdrucken. Soweit in solchen Berichten auf die nächste Versammlung hingewiesen wurde, haben wir davon im Versammlungsanzeiger Nr. 12 genommen.
* Mit dieser Nummer des „Grundstein“ wird die Nr. 1 „Operaio“ versandt.

Straßberg, Vork. Ihr Versammlungsbericht bleibt besser ungedruckt. Aber von dem Bericht würden wir Notiz nehmen, wenn Sie ihn einbringen wollten. Sie können es auch durch den Vorstand machen lassen.

Salze, N. Mein Freund, daß geht nicht. Wenn es so weit ist, wird über Euerer Forderungen berichtet, aber als Membrane zum Versammlungsbericht können wir den ganzen Text nicht abdrucken. Das läßt der „Grundstein“ nicht aus. Es muß sich eben jeder Verein etwas einbringen mit seinen Anforderungen an das Fachorgan. In Versammlungsanzeiger machen wir die Versammlung bekannt.

Söllingen, Th. Das Papier soll nur auf einer Seite beschrieben werden. Weil Ihr Bericht dieser Forderung nicht entspricht, kommt er in den Verlag fort.

Stolz, B. Wenn Sie das Papier doppelt so breit nehmen (also 12 statt 6 cm) und die Zeilen nur halb so eng zusammenquetschen wollen, so würden wir Ihre Berichte auch lieber bearbeiten.

Altenburg, O. Der nicht genügend frankierte Brief, Mf. Heime, ist hier erst am 28. 1. eingetroffen und von uns sofort zurückgegeben worden. Mit dem 21. als Aufgabtag kann es also nicht stimmen. Warum denn unter fremder Flagge?

Bremen, S. Die vor 14 Tagen eingelangte Zeitung haben wir gar nicht gesehen. Wir nehmen Notiz von der Versammlung, aber den ganzen Text können wir jetzt nicht abdrucken.

Berlin, S. S. Den Arbeitsvertrag von Wittbe legen wir nochmals jurist. Vielleicht kommen bald noch einige dazu, sonst wird er in den nächsten Nummer veröffentlicht.

Berlin, N. Eure Bibliothek hatten wir schon lange vorgemerkt, es hat aber immer an Raum und auch an Zeit gefehlt, die Sache zu bearbeiten. In einer der nächsten Nummern wird die Arbeit aber erscheinen.

Erzuer, K. Solche Anzeigen werden nur aufgenommen, wenn sie uns für jede Versammlung bezw. Beitragserschöpfung eingeklagt werden.

Zielenzig, L. Das Inserat ist übersehen worden, weil es dem Bericht, der nicht gleich bearbeitet werden konnte, angehängt war.

Bremen, S. German Bricklayers Union 11, 64, East Fourth Street, New York.

Wohwinkel, B. Wenn nicht durch besondere Abmachungen der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgeschaltet worden ist, dürfen Sie die Bezahlung verlangen, wenn die benötigte Zeit im Verhältnis zur Dauer Ihrer Beschäftigung nicht erheblich ist. Ueber diese Zeitbegrenzung entscheidet eventuell der Richter.

Ottensen, N. Die Abteil „Sonstige Ausgaben“ steht sich aus diesen kleinen Posten zusammen, die nur des Raumes wegen in den gedruckten Abrechnungen nicht einzeln aufgeföhrt werden.

Streikabrechnungen.

Zweigverein Fürstenberg.
Einnahme.
Aus der Hauptkasse A. 6214,40
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins 19,71
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder 69,50
Summa A. 6294,61

Ausgabe.
Für Streikunterstützung A. 6027,85
• Mithinterlegung an abgereifte Streikende 178,15
• Fortschaffung Zugereifter 81,50
• Fernhaltung des Zugereifter 81,60
• Porto und Schreibmaterial 27,51
Summa A. 6294,61

Fürstenberg, den 8. Januar 1904.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisionen:
Th. W o p p e, S. E l l e r.
Für die Streitleitung:
Carl D i n s e, Ludwig B r i n t m a n n.
Zweigverein Wöhrheim.
Einnahme.
Aus der Hauptkasse A. 5800,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet 710,89
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder 28,75
Sonstige Einnahmen 8,30
Summa A. 6047,94

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 2416,19
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	492,05
Vorrichtung Zugereller	882,90
Verhaltung des Zuges	867,60
Rechtshilfe und Unterstützung Inhabiter	975,-
Flugblätter und Annoncen	68,80
Porto und Schreibmaterial	48,47
Summa	M. 6047,94

Morgheim, den 12. September 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Friedrich Ruede, Eugen Enghofer,
Richard Forter, Mannheim.
Für die Streckleitung: F. Wundram.

Zweigverein Mainz. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 5100,-
Von den dritten Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	4029,84
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	178,25
Summa	M. 5578,09

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 47112,86
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	1284,64
Vorrichtung Zugereller	780,48
Verhaltung des Zuges	4488,07
Rechtshilfe und Unterstützung Inhabiter	1980,70
Flugblätter und Annoncen	79,10
Porto und Schreibmaterial	77,07
sonstige Ausgaben	59,20
Summa	M. 55796,09

Mainz, den 5. August 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Adam Schmidt, Heinrich Delp, Anton Schauer.
Für die Streckleitung:
Jacob Lehn, Joh. Barth, Christian Ditt.

Zweigverein Straßburg i. E. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 48144,05
Von den dritten Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	2087,70
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	789,69
Summa	M. 46091,44

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 39290,54
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	1098,65
Vorrichtung Zugereller	712,80
Verhaltung des Zuges	2384,18
Rechtshilfe und Unterstützung Inhabiter	1105,20
Flugblätter und Annoncen	42,70
Porto und Schreibmaterial	127,20
sonstige Ausgaben	209,72
Summa	M. 46091,44

Straßburg i. E., den 1. Dezember 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
A. Forter, Mannheim, W. Bayß.
Für die Streckleitung:
Jacob Kammerer, Subert Mehl.

Zweigverein Ewincmünde. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 18464,-
Aus der Kassa des Zweigvereins	148,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	467,-
Auf Reisen gesammelt am Orte	1,-
Sonstige Einnahmen	18,95
Summa	M. 19088,95

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 17508,25
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	1142,25
Vorrichtung Zugereller	87,10
Verhaltung des Zuges	118,20
Rechtshilfe und Unterstützung Inhabiter	200,80
Flugblätter und Annoncen	5,40
Porto und Schreibmaterial	37,45
Summa	M. 19088,95

Ewincmünde, den 24. November 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Wilhelm Veltz, W. Studt.
Für die Streckleitung:
Joseph Schäfer, Alfred Weiß, Rudolf Reimer.

Zweigverein Graubenz. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 600,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	129,-
Summa	M. 729,-

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 391,90
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	185,15
Vorrichtung Zugereller	47,50
Verhaltung des Zuges	61,25
Flugblätter und Annoncen	16,95
Porto und Schreibmaterial	6,25
sonstige Ausgaben	1,10
An die Hauptkasse zurückgeschickt	78,90
Summa	M. 729,-

Graubenz, den 5. Juli 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Paul Bilgfi, Ferdinand Bick, Robert Witt.
Für die Streckleitung:
Benz, Friedrich Guit, A. Gebwart.

Zweigverein Sternberg i. M. (Aussperrung). Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 2089,-
Von den dritten Einnahmen der Hauptkasse verwendet	87,29
Summa	M. 2126,29

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 2078,80
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	9,50
Vorrichtung Zugereller	2,80
Verhaltung des Zuges	9,40
Flugblätter und Annoncen	6,40
Porto und Schreibmaterial	8,92
sonstige Ausgaben	11,40
Summa	M. 2126,29

Sternberg, den 30. August 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für den Vorstand: Hermann Häsel, Lübeck.
Für die Streckleitung: Carl Spangenberg.

Zweigverein Neu- und Altstrelitz. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 18155,50
sonstigen dritten Fonds	154,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	295,90
Summa	M. 18605,40

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 12508,88
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	557,85
Vorrichtung Zugereller	197,10
Verhaltung des Zuges	218,85
Flugblätter und Annoncen	28,41
Porto und Schreibmaterial	84,01
sonstige Ausgaben	12,50
An die Hauptkasse zurückgeschickt	50,30
Summa	M. 18605,40

Neustrelitz, den 1. Oktober 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
H. Wittmann, W. Lemke, Hermann Schulz.
Für die Streckleitung: H. Kruse.

Zweigverein Sameln. (In Mitgliedschaft gezogen durch den Zimmererstreik) Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 594,-
Von den dritten Einnahmen der Hauptkasse verwendet	82,11
Summa	M. 606,11

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 528,78
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	86,90
Rechtshilfe und Unterstützung Inhabiter	18,-
Flugblätter und Annoncen	5,75
Porto und Schreibmaterial	1,70
sonstige Ausgaben	15,-
Summa	M. 606,11

Sameln, den 1. September 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Carl Lind, Ludwig Ditt, Emil Schelle.
Für die Streckleitung:
Heinrich de Bour, Louis Maulhardt.

Zweigverein Frankfurt a. M. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 500,-
Von den dritten Einnahmen der Hauptkasse verwendet	488,47
Summa	M. 988,47

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 428,35
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	4,50
Verhaltung des Zuges	810,66
Flugblätter und Annoncen	170,75
Porto und Schreibmaterial	3,-
sonstige Ausgaben	74,81
Summa	M. 986,47

Frankfurt a. M., den 9. Oktober 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Peter Gustaf Nahl, Philipp Groß II.
Für die Streckleitung:
Willy Schneider, Friedrich Roth.

Zweigverein Tappau. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1025,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	125,65
Summa	M. 1150,65

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 1000,50
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	25,-
Vorrichtung Zugereller	59,40
Verhaltung des Zuges	61,10
Flugblätter und Annoncen	3,90
Porto und Schreibmaterial	10,75
Summa	M. 1150,65

Tappau, den 20. August 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
H. Semkowitsch, F. Hoffmann.
Für die Streckleitung:
Carl Schwarz, A. Seidenberg, D. Gebasche.

Zweigverein Gr. Kreuz. Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 280,-
Von den dritten Einnahmen der Hauptkasse verwendet	60,-
Summa	M. 340,-

Ausgabe.	
Für Streckunterstützung	M. 214,50
Reiseunterstützung an abgereifte Streckende	4,-
Porto und Schreibmaterial	2,90
sonstige Ausgaben	6,60
Summa	M. 228,-

Gr. Kreuz, den 28. Juli 1903.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Gustaf Schner, Albert Nig, Albert Schulnecht.
Für die Streckleitung:
Gustav H. H. Wilhelm Angerstein.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile sollst 16 A.)

Alten. Am 23. Januar starb nach langem Leiden unter treuer Verbandscollege **Karl Hölake** im Alter von 37 Jahren an Lungenschwindsucht.

Cöpenick. Infolge eines Unfalles verstarb am 28. Januar unser lang bewährtes Mitglied **Wilhelm Nocke** im Alter von 84 Jahren.

Sarburg - Sonnenberg, den 23. Januar, starb an Nöthung und Herzleiden der College **Hermann Falk** im Alter von 89 Jahren.

Sarburg a. d. Elbe, am 24. Januar starb nach langem Leiden an Herzkrankheit unser Verbandscollege **Franz Lehmann** aus Nohnsdorf im Alter von 43 Jahren.

Krausnick, am 29. Januar starb nach langem, schwerem Leiden an Herzschlag unser College **Ferdinand Schüller** aus Gr. Wallersburg im Alter von 58 Jahren.

Rehlin. Am 25. Januar verstarb unser Verbandscollege **Karl Kaufmann** aus Rehlin im Alter von 46 Jahren an Herzleiden. Wir verlieren hierdurch ein treues Mitglied unseres Zweigvereins.

Magdeburg. Am 22. Januar verstarb nach kurzem Krankenlager an Schlaganfall unser College, der Maurerpolier **Friedrich Zernikow**, im Alter von 44 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Zentralfrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Am 28. Januar verstarb unser Verbandscollege **Robert Zeh**, der sein Amt pflichtigstretreu seit Bestehen der Verwaltungsstelle vertrat, nach langem und schwerem Leiden im Alter von 45 Jahren. Ruhe im Frieden!

Die Verwaltungsstelle Jordan-Paradies.
[M. B.] J. A. W. Weber

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Mauter.

Samstag, 7. Februar.

Berlin. (Mabit) (bannet) Vormittags 10 Uhr Generalversammlung bei Jannasch, Julestr. 10. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Calbe a. d. S. Nachmittags 3 Uhr in der Reichstapelle. L. D.: Lohntarif.

Qömitz. Nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Wegardt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

Erkner. Im Lokale des Herrn Grub. Von 9-12 Uhr Beitragszahlung.

Frankenhausen (Kyffh.) Nachmittags 4 Uhr im „Barbarossalokale“. Hofle, reiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Glogau. Im „Ratshaus“ des Herrn Brauer. Am zahlreichsten Erscheinen erwünscht.

Granssee. Nachmittags 4 Uhr im Frankischen Lokale. Alle Kollegen müssen persönlich erscheinen.

Hamburg. (Bementlerer, Kunststeinarbeiter.) Nachmittags 3 Uhr bei Bohnrad, Niedereinstraße.

Lübeck-Kastorf. Nachmittags 3 Uhr in Döckelsdorf bei Dahme.

Lübben. Nachmittags 3 Uhr bei Witte, „Mahlstischhölzer“.

Niemegk. Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokale. Alle Kollegen werden herzlich eingeladen.

Nienstedten. Nachmittags 4 Uhr bei Schmepp. Referent anwesend. Kein Mitglied darf fehlen.

Seesen. Nachmittags 3 Uhr in Kiehlwäld Hotel. L. D.: Vorstandswahl. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Templin. Nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Bernum. Kein Kollege darf fehlen.

Treblitz. Nachmittags 3 Uhr bei Knösch. Tagesordnung wichtig. Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Dienstag, 9. Februar.

Eisleben. Versammlung, wozu alle Kollegen erscheinen müssen. Tagesordnung sehr wichtig.

Wandsbek. Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Samstag, 14. Februar.

Glauchau. Nachmittags 3 Uhr im „Weissen Hof“. L. D.: Bericht von der Konferenz.

Hintersee. Vormittags 12 Uhr im „Deutschen Haus“ in Richtenberg. Vorstandswahl. Bericht des Delegierten von der Konferenz.

Neuhaldensleben. Nachmittags 3 Uhr. L. D.: Erwählung des ersten Vorstandswahlers. Es ist Pflicht aller Kollegen zu erscheinen.

Wensickendorf. Nachm. 3 Uhr in Weimanns Hof. Abrechnung, Vorstandswahl und Delegiertenwahl. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Werder a. d. Havel. Nachmittags 3 Uhr bei W. Rod. Am zahlreichsten Erscheinen wird gebeten.

Sonntag, 21. Februar.

Bonn. Außerordentliche Mitgliedserversammlung. Sonntags.

Züllichau. Nachmittags 4 Uhr bei Stropik. Alle Mitglieder werden dringend ersucht, persönlich zu erscheinen.

Öffentliche Bauhandwerker-Versammlungen.

Sonntag, 7. Februar.

Zehdenick. Nachmittags 3 Uhr bei Schlegel. L. D.: Vortrag des Gewerkschaftsrates.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuetz & Co. in Hamburg.